# Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 248. Mittwoch den 24. Oktober 1849.


**△ Breslau, 19. Oktober.**

Wenn von dem unberechenbaren Aufschwunge gesprochen wird, welchen die Aufhebung des Sundzolles für den Wohlstand, die Bevölkerung und die Macht der deutschen Ostseeländer nach sich ziehen würde,*) so erscheint es, wie in allen materiellen Fragen, nothwendig, diese Angabe mit Zahlen zu belegen, und wir werden dem nachkommen, indem wir eine auf offizielle Daten begründete kurze Uebersicht der Sundschifffahrt geben, aus der man zugleich ersehen wird, daß dieselbe fast mit jedem Jahre steigt. Die Gesammtsumme der Schiffe, welche den Sund passirten, betrug im Jahre 1833: 10,985, 1837: 13,102, 1841: 14,735; 1845: 15,951, 1846: 18,754, 1847: 21,536. Von dieser Gesammt-Zahl kamen 1847 auf Preußen allein 3326 Schiffe, also der 6. Theil, (1846 betrug der Antheil der preußischen Schifffahrt an der Sundpassage 3562 Schiffe, sogar der 5. Theil der gesammten.) In demselben Jahre passirten den Sund 73 Bremer Schiffe, 47 Hamburger, 1173 hannoversche, 119 Lübecker, 1211 mecklenburger, 238 oldenburger, also insgesammt 6187 deutsche Schiffe, welche ungefähr den dritten Theil der ganzen Sundpassage ausmachten. Von den preußischen Schiffen kamen 1847 3387 beladene und 107 Ballastschiffe aus der Ostsee; 1828 beladene, 870 Ballastschiffe aus der Nordsee. Die aus der Ostsee kommenden Ladungen bestehen zum größten Theil aus Getreide aller Art, Lein- und Rappssaamen, Flachs, Hanf und Heede, Holz, also den Hauptausfuhrartikeln der Ostseeländer, wobei auch Schlesien stark betheiligt ist. Die Ladungen, die aus der Nordsee kommen, bestehen meist in Kolonialwaaren, Steinkohlen, Salz, Artikeln, bei denen die Wichtigkeit des unbelasteten Eingangs selbst erhellt. In Bezug auf die preußische Rhederei und zunächst ihre direkten Fahrten, so sind 1847 aus preußischen Häfen und unter preußischer Flagge 1697 Schiffe durch den Sund gegangen (die Zahl der transatlantischen Rheder ist noch immer äußerst gering). Im indirekten Verkehr gingen in demselben Jahr 1847 138 Schiffe aus der Nordsee, 59 aus der Ostsee unter preußischer Flagge durch den Sund. Es ist unschwer zu berechnen, wie die preußische Rhederei, die am schwersten durch den Sundzoll gedrückt wird, sich nach seiner Aufhebung entfalten würde. Die beladenen Schiffe aller Flaggen, welche durch den Sund passirten, und aus preußischen Häfen kamen oder dahin gingen, vertheilen sich 1847 auf die einzelnen so, daß die meisten 1971 auf Stettin und Swinemünde kommen, wovon 1171 ein- und 799 ausliefen. Von Danzig und Leba liefen 1223 aus, 231 ein, von Memel 750 aus 110 ein, von Königsberg 306 ein 140 aus, von Pillau 119 aus 79 ein; die übrigen vertheilen sich auf Greifswald, Stolpe, Stralsund, Wolgast, Elbing, Rügenwalde, Anklam, Barth und Kolberg. Und man kann im Ganzen annehmen, daß drei Viertel bis sieben Achtel der gesammten ostpreußischen Schifffahrt durch den Sund gehen. Die Folgen davon sind nicht ausgeblieben, fast alle ost- und westpreußischen Häfen sind unter dem gemeinschaftlichen Drucke des Sundzolls und einer Reihe von anderen ungünstigen Umständen zurückgegangen. Königsberg zum Beispiel, das im Jahre 1805 82 Schiffe besaß, hat jetzt nur 38. — Die dänische Einnahme aus dem Sundzoll betrug 1833 von 10,985 Schiffen 1,942,000 Reichsbankthaler (der Thaler = ¾ Thlr. preußisch) und 1837 von 13102 Schiffen 2,053,000 Thlr. Jetzt von etwa 21,000 Schiffen wird sie gegen 2,200,000 Thlr. betragen, eine Summe, welche den achten Theil des gesammten dänischen Staatshaushaltes ausmacht. Preußen trägt von dieser Summe unmittelbar den vierten Theil, und in Betracht, daß es durch den Aufschlag des Sundzolls die fremden Waaren theurer bezahlen muß, den dritten Theil bis zur Hälfte.

Um einen kleinen Begriff von der Höhe zu geben, die manchmal dieser Ausschlag erreicht, theilen wir schließlich ein von Scherer in seinem gründlichen Werke über den Sundzoll gegebenes Faktum mit, nach dem eine in einem portugiesischen Schiffe direkt von Fayal nach Stettin geführte Ladung Fayalwallnuß, deren Werth vom Orte der Herkunft, auf 3850 Thlr. deklarirt wurde, 368 Speciesreichsthaler 24 Stüber (552¾ Thlr. preuß.) also 15 pCt. ihres Werthes an Sundzoll zahlte. Portugal gehört freilich zu den im Sunde unprivilegirten Nationen, aber selbst bei einem privilegirten Schiffe hätte nach den Ansätzen des Tarifs der Zoll 358 Thlr., also 10 pCt. des Werthes betragen.

Doch wir glauben Fakta genug gegeben zu haben, um die Monstrosität des Sundzolls darzuthun, und die unausbleiblichen Nachtheile, die er für den Handel und die Schifffahrt Deutschlands hat, durch Zahlen zu konstatiren.

*) S. Bresl. Ztg. Nr. 247. Red.

---

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen

I. Kammer. 59. Sitzung vom 22. Oktbr.
Präsident: v. Auerswald.
Eröffnung 10½ Uhr.

Am Ministertische: Simons.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Nach einer Mittheilung des Justizministers wird der geheime Justizrath Bischof der heutigen Sitzung als Regierungs-Kommissarius beiwohnen.

Der Justizminister: Durch eine allerhöchste Ermächtigung vom 20. d. M. bin ich im Stande, der Kammer zwei Gesetzentwürfe über den Schutz der persönlichen Freiheit und über Stellung unter polizeiliche Aufsicht vorzulegen.

Der Präsident zeigt an, daß der Abg. Milde seinen Antrag, betreffend das Trucksystem, zurückgezogen hat.

Auf der Tagesordnung ist zunächst der Bericht der Kommission zur Prüfung der unter dem 6. Januar d. J. erlassenen Einführungsordnung zur allgemeinen Wechselordnung für Deutschland. Derselbe wird von dem Abg. Tamnau (als Berichterstatter) verlesen.

Die Kommission trägt darauf an, daß den bereits angenommenen acht Paragraphen als § 9 hinzugefügt werde:

> Die Bestimmungen des allg. Landrechts über Handelsbillets und kaufmännische Assignationen in den §§ 1250 bis 1304 Tit. 1 Thl. II. und § 297 Tit. 16 Thl. I. werden hiermit aufgehoben.
>
> Auf Rechtsverhältnisse aus solchen Handelsbillets und kaufmännischen Assignationen, welche vor dem Tage ausgestellt sind, mit dem dies Gesetz in Kraft tritt, findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Die Kammer tritt diesem Antrage bei.

In Folge der Erklärung des Justizministers, daß von der baierischen Regierung den dortigen Kammern ein Gesetzentwurf vorgelegt worden ist, nach welchem auch in Baiern die Einführung der allgem. deutschen Wechselordnung in Aussicht steht, tritt die Kammer auch dem zweiten Antrage der Kommission bei, welcher auf Ablehnung eines vom Abg. Colsmann eingereichten Verbesserungs-Antrages lautet. Dieser hatte als § 10 folgenden Zusatz verlangt:

> Die in Baiern auf Preußen gezogenen Wechsel dürfen erst 14 Tage vor Verfall zur Annahme vorgezeigt resp. protestirt werden. Diese Bestimmung erlischt, sobald Baiern die allg. deutsche Wechselordnung, wie sie im Dezember 1847 vereinbart ist, eingeführt hat.

Der Kriegsminister v. Strotha ist eingetreten.

Ab. Bornemann unterstützt einen Antrag des Abg. v. Bernuth, welcher verlangt, der Verordnung vom 6. Januar d. J. pure die Genehmigung zu ertheilen und die von der Kammer beliebten Zusätze als besonderes Gesetz vorzuschlagen.

Die Kammer tritt dem Antrage der Kommission bei, welche vorschlägt, die Kammer möge

> sich die Erklärung darüber, ob sie der unter dem 6. Januar vorläufig erlassenen Einführungs-Ordnung zur allgemeinen Wechselordnung für Deutschland ihre Genehmigung ertheilen wolle, vorbehalten.

Die Kammer nimmt schließlich die von der Kommission vorgeschlagene Fassung an. Diese enthält noch folgenden Zusatz:

> Mit dem Tage, an dem dies Gesetz in Kraft tritt, erlischt die Gültigkeit der Verordnung vom 6. Januar 1849. (Ges.-Sammlung S. 49.)

Auf der Tagesordnung ist der nachträgliche Bericht des Centralausschusses, betreffend den Art. 40 der Verfassungs-Urkunde.

Der Bericht wird von dem Abg. von Bernuth (als Berichterstatter) verlesen und enthält den Artikel 40 in folgender, von dem Ausschusse vorgeschlagenen Fassung:

Art. 40.

> Das Recht der freien Verfügung über das Grund-Eigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grund-Eigenthums und die Ablösbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet. Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, zulässig.
>
> Ohne Entschädigung sind aufgehoben:
>
> 1) Die Gerichtsherrlichkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben.
>
> Bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-Ordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizeiverwaltung.
>
> 2) Die aus Schutzherrlichkeit und der früheren Erbunterthänigkeit herstammenden Verpflichtungen.
>
> Mit den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche den bisher Berechtigten dafür oblagen.
>
> Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer Zins vorbehalten werden.
>
> Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen bleibt besonderen Gesetzen vorbehalten.

Gegen die von dem Ausschusse vorgeschlagene Fassung sprechen sich die Abgeordneten v. Tepper und Scheller aus. Der Justizminister erklärt sich mit den Einwendungen des Abg. Scheller einverstanden und empfiehlt die Annahme des Zusatzes: „in der Person des Verpflichteten." Abg. Graf Itzenplitz ist für die Fassung des Centralausschusses, event. für einen Verbesserungsantrag des Abg. Scheller, welcher in der früheren Fassung hinter dem Worte „persönlichen" hinzugefügt wissen will: „ohne Rücksicht auf das Grundstück zu leistenden." Ein Verbesserungsantrag des Abg. von Tepper wird abgelehnt; der Verbesserungsantrag des Abg. Scheller ebenfalls.

Der in Folge der Bemerkung des Justizministers von dem Abg. von Bernuth gestellte Antrag, nach welchem Nr. 2 lautet:

> Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden, nicht mit dem Besitz eines Grundstückes in der Person des Verpflichteten verbundenen Abgaben,

wird angenommen und die Fassung des Art. 40 ist somit erledigt.

Abg. Bergmann verliest den Bericht des Centralausschusses über die von der zweiten Kammer beschlossene Redaktion des Eingangs der Tit. I. und II. Artikel 3 bis 10 der Verfassungs-Urkunde.

Die Kammer tritt auf Antrag des Ausschusses den Beschlüssen der zweiten Kammer bei.

Abg. Gr. Rittberg (als Berichterstatter) verliest den Bericht des Centralausschusses über Tit. VI. und VII. Art. 85 bis 97 der Verfassungs-Urkunde mit Bezug auf die Beschlüsse der zweiten Kammer.

Die Art. 85, 87, 88, 89, 90 und 94 sind unverändert in der von der ersten Kammer beliebten Fassung von der zweiten Kammer angenommen worden. Der von der zweiten Kammer veränderten Fassung der Art. 86, 91 und 92 tritt die erste Kammer auf den Antrag des Central-Ausschusses bei.

Der Justizminister: Der Zusatz „wegen Geringfügigkeit der Strafen" zu Art. 93 ist nicht zu empfehlen, da er ein Motiv ist, zumal ein durch die bestehenden Gesetze nicht begründetes Motiv, und ich würde bei der Abstimmung darauf antragen, daß die Frage getheilt werde, damit sich herausstellen kann, ob die hohe Kammer sich mit dem angeführten Zusatze einverstanden erklärt oder nicht.

Abg. Scheller stellt einen Verbesserungs-Antrag zu Art. 93.

Abg. v. Manteuffel hält es nicht zweckmäßig für die Berathung, jetzt noch Verbesserungs-Anträge zu stellen, da es sich nur darum handele, ob die Kam-

mer bei ihrem früheren Beschlusse beharrt, oder dem Beschlusse der zweiten Kammer beitritt.

Abg. Kühne: Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns den Weg versperren, auf eine leichtere Weise eine Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer zu erlangen, da wir uns bisweilen durch einen Verbesserungs-Antrag den Beschlüssen der zweiten Kammer nähern können, ohne den von uns gefaßten Beschlüssen zu nahe zu treten.

Der Präsident theilt die Meinung des Abgeord. Kühne.

Der Verbesserungs-Antrag des Abg. Scheller wird nicht unterstützt.

Die Kammer tritt der von der zweiten Kammer beliebten Fassung des Art. 93 bei, mit Ausschluß der Worte: „wegen Geringfügigkeit der Strafen."

Der Minister des Innern, v. Manteuffel, ist eingetreten.

Abg. Fischer spricht sich für die von der zweiten Kammer angenommene Fassung des Art. 95 aus, Abg. v. Manteuffel gegen dieselbe.

Abg. v. Zander ist für Beibehaltung des von der zweiten Kammer vorgeschlagenen Zusatzes:

Eine vorgängige Genehmigung der Behörde darf jedoch nicht verlangt werden.

Abg. Kisker ebenfalls.

Der Justiz-Minister: Es ist nicht gut, wenn ein einzelner Punkt herausgerissen und der Spezial-Gesetzgebung entzogen wird. Die Unabhängigkeit des Richterstandes besteht nicht darin, daß der Richter Alles vor sein Forum ziehe, sondern darin, daß er das, was zu seiner Kompetenz gehört, frei und ungehindert beurtheilen kann. Ich empfehle Ihnen die Streichung des von der zweiten Kammer beliebten Zusatzes.

Abg. v. Ammon schließt sich den Bemerkungen des Justiz-Ministers an.

Ueber den von der zweiten Kammer angenommenen Zusatz findet auf Antrag des Abg. Fischer namentliche Abstimmung statt.

Von 111 Anwesenden stimmen 41 für, 70 gegen Beibehaltung des Zusatzes; er ist also abgelehnt.

Artikel 96 wird in der von der zweiten Kammer beliebten Fassung angenommen. Artikel 97 fällt hier aus.

Schluß 2 Uhr.
Nächste Sitzung unbestimmt.

---

**II. Kammer. 38. Sitzung vom 22. Oktober.**
**Präsident: Graf Schwerin.**
**Eröffnung 10 Uhr.**

Am Ministertische: Graf von Brandenburg, v. Manteuffel, von der Heydt.

Präsident zeigt an, daß auf die Interpellation des Abg. von Beckerath in Bezug auf die deutsche Frage, besonders die Bildung der Centralgewalt, die Regierung erklärt habe, am Mittwoch den 24. d. M. durch den General v. Radowitz Antwort ertheilen zu wollen.

**Die Diskussion über Tit. V. der Verfassung nimmt sodann ihren Anfang.**

Nach der Ansicht des Präsidenten herrscht über die Frage, ob das Ein- oder Zweikammersystem in die Verfassung aufzunehmen sei, keine Meinungsverschiedenheit. Daher wird die General-Diskussion sogleich über die Paragraphen beginnen, welche die erste Kammer betreffen; es sind die §§ 60 bis 65. Zu denselben sind folgende Abänderungen von der Kommission gemacht worden:

Abänderungs-Anträge der Revisions-Kommission der zweiten Kammer zu Art. 60 und 61 keine.

Zu Art. 62.

Die erste Kammer besteht

1) aus den Prinzen des königlichen Hauses, welche ihren Sitz in der Kammer einzunehmen berechtigt sind, sobald sie das 18te Lebensjahr zurückgelegt haben;
2) aus 240 gewählten Mitgliedern.

Zu Art. 63.

Die durch Wahl in die erste Kammer zu berufenden 240 Mitglieder (Art. 62) werden zu zwei Drittheilen von den Kreisvertretern gewählt, die ein besonderes Gesetz zu festen Wahlkörpern vereinigt.

Das letzte Drittheil dieser Mitglieder wird von den höchstbesteuerten Grundbesitzern in der Art gewählt, daß in jeder Provinz diejenigen 200 Grundbesitzer, welche mit der höchsten Grundsteuer belastet sind, die auf die Provinz nach der Bevölkerung fallende Zahl der Abgeordneten wählen.

Die näheren Anordnungen erfolgen durch das Wahlgesetz.

Transitorische Bestimmung.

Falls bis zur nächsten Wahl für die erste Kammer in einzelnen Provinzen, resp. Kreisen, die gesetzliche Regulirung der Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten noch nicht zur definitiven Feststellung der Grundsteuerbeträge aller Grundstücke geführt haben sollte, so soll es den betreffenden Grundbesitzern Behufs ihrer Zulassung zur Wahlberechtigung (Art. 63) freistehen, auf eine provisorische Einschätzung und Besteuerung ihrer Grundstücke anzutragen.

Zu Art. 64.

Keine.

Zu Art. 65.

Es wird beantragt, nachfolgenden Zusatz (Art. 84. Al. 1) aufzunehmen:

Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten.

Der Hauptinhalt der zu denselben eingegangenen Amendements ist folgender:

I. Keller (Barnim) a) Artikel 62 so zu fassen:

Die erste Kammer besteht aus:

1) den Prinzen des königlichen Hauses rc.
2) zwei bis vier Vertretern der bedeutendsten Stadte des Landes;
3) Vertretern der Landes-Universitäten, Akademien und andern Anstalten, welche korporative Rechte besitzen;
4) den Häuptern der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände;
5) den katholischen Landesbischöfen und den Vertretern der evangelischen Landeskirche;
6) Vertretern der höchsten Militär- und Civilbehörden;
7) höchstens 12 Mitgliedern, welche durch den König um bestimmter Verdienste willen ernannt werden und lebenslänglichen Sitz in der Kammer erhalten,

b) zu Art. 64 den Zusatz zu machen: Die katholischen Bischöfe bleiben Mitglieder der ersten Kammer, so lange sie ihr Amt bekleiden.

II. Reichensperger zu Art. 62:

Die durch Wahl zu berufenden Mitglieder werden zu zwei Drittheilen durch die Kreisvertreter, zu einem Drittheil durch die Provinzialvertreter gewählt.

III. Techow im Art. 62 unter Nr. 2 zu setzen: aus 180 durch die Kreisvertreter gewählten Mitgliedern,

IV. Tobe a) im Art. 62 unter Nr. 2 zu setzen: aus 180 gewählten Mitgliedern,

b) zu Art. 63. Die Mitglieder der ersten Kammer werden zu zwei Drittheilen durch die Kreisvertreter, zu einem Drittheil durch die höchstbesteuerten Grundbesitzer gewählt.

V. Wehner a) im Art. 62 unter Nr. 2 zu setzen: aus 180 gewählten Mitgliedern,

b) zu Art. 63. Die Mitglieder der ersten Kammer werden zu einem Drittheile durch den König ernannt. Das zweite Drittheil wird durch die Kreisvertreter, das dritte durch die Provinzialvertreter gewählt.

VI. Menzel zu Art. 63. Die gewählten 240 Mitglieder der ersten Kammer werden zu einem Drittheil durch alle Staatsbürger gewählt, welche das 30. Lebensjahr erreicht haben und eine Klassensteuer von 8 bis 12 Rtl. bezahlen, wenn sie in ihrer Gemeinde seit 6 Monaten ihren Wohnsitz haben.

VII. Reuter (Tilsit-Ragnit) zu Art. 63. Jeder Preuße, welcher von einem reinen jährlichen Einkommen von 1000 Rtl. die Steuern entrichtet hat, ist zur direkten Wahl für die erste Kammer berechtigt.

VIII. Graf Dyhrn: Im Art. 63 statt „zu zwei Drittheilen von den Kreisvertretern" zu setzen „von den Provinzial-Versammlungen."

IX. Schöpplenberg: Zu Art. 65 folgenden Zusatz zu machen: Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes.

Außerdem sind noch Amendements eingegangen von Breithaupt (Wittstock), v. Fock, Urlichs u. A., welche sich vom Amendement Keller nur in einzelnen Punkten unterscheiden.

Vorstehende Amendements werden sämmtlich ausreichend unterstützt.

Präsident erklärt, daß die eingegangenen 14 Amendements heut wohl noch nicht zur Abstimmung kommen werden, da eine Berathung derselben in der Kommission vor der nächsten Sitzung zur Fortsetzung der Debatte erst nothwendig sein würde.

Abg. Keller: Ich habe einen Antrag gestellt, der der Mehrheit wohl am wenigsten paradox erscheinen wird. Ich glaube, daß gerade bei dieser Diskussion es sich herausstellen wird, daß bei der verschiedensten Ansicht, die jedes Einzelnen aus gleich reiner Quelle geflossen sei. Die drei Gedanken der Monarchie, der Demokratie und der Aristokratie sind, in ihrer Reinheit aufgefaßt, gleich wichtig. In ihrer Verbindung sie aufzufassen, ist die Aufgabe der konstitutionellen Monarchie. — Das konstitutionelle Königthum kann ohne eine berechtigte, weise Stellung jener drei Faktoren nicht bestehen. — Sitzt oben auf dem Thron der König und außer ihm sehen wir nur das Meer der Bevölkerung, so kann das nicht genügen, denn es fehlt hier die natürliche Vermittelung. Wir haben aber in der Gesellschaft die Spitzen, welche zu der Vermittelung geeignet sind. Ich halte zunächst den großen Grundbesitz geeignet zu einer solchen Stellung. — Man sagt, die erste Kammer müsse konservativ sein, die zweite Kammer die Bewegung vertreten. Das hat etwas Wahres, aber als entschiedener Gegensatz kann diese Auffassung nicht zu gedeihlichem Schaffen dienen. Aber als zwei entgegensätzliche Extreme aufgefaßt, würde dies einem Wagen gleichen, der, vorn und hinten mit einem Pferde bespannt, unbeweglich bliebe. Es ist natürlich, daß in der zweiten Kammer das bewegende Element besonders vertreten sei, und in der ersten Kammer das erhaltende. Welch' anderer Gedanke kann dem aber zu Grunde liegen, als der, auf verschiedenem Wege zu demselben Ziele zu gelangen. Hierbei ist namentlich zu bedenken, daß, wie die Unabhängigkeit der zweiten Kammer nach Oben, so auch die Unabhängigkeit der ersten Kammer nach Unten gesichert sei. — Es wird im Berichte der Kommission gesagt, daß der Adel in früherer Zeit der Freiheit sich ungünstig gezeigt und darum ihm jetzt keine besondern Funktionen angewiesen werden dürften. Ich glaube, daß in den meisten gesellschaftlichen Kreisen die Bildung einer erblichen Pairie abgelehnt werden würde. Geht man aber in diejenigen Kreise, die einzelnen Familien am nächsten stehen und sie am meisten kennen, da würde sich jedenfalls ein anderes Urtheil ergeben. Jenes erstere Urtheil wird sich nur ergeben aus einem Kreise, der Bourgeoisie, die nach Unten konservativ, nach Oben gern radikal ist. — Alle andern gemachten Vorschläge werden dem Gegebenen sich sehr anschließen, so, daß die erste Kammer besonders reich an Beamten sein würde, und ich glaube daher, daß ein unbefangenes Urtheil unter diesen Umständen sich eher für meinen Antrag entscheiden wird. Man wird eine Aristokratie, wenn sie auch in der Verfassung fehlt, demnach nicht mit einem Federstrich vertilgen. — Bildet man die erste Kammer nach meinem Antrage, dann bin ich überzeugt, kann man den ersten Theil des Artikels 108 getrost streichen. Man wird dann auch das bewegliche Element der zweiten Kammer weniger bedenklich finden können. — Wenn Sie überzeugt sind, daß ein feststehendes aristokratisches Element vorhanden ist, und Sie ihm nicht eine Stellung in der Verfassung anweisen, so glaube ich, wird das konstitutionelle Königthum nicht bestehen können.

Abg. Beseler bedauert die Verhandlung über Artikel V. vor Beschlußnahme über die Gemeinde- und Bezirks-Ordnung. Der Redner fährt fort: Ich habe daher geschwankt, ob nicht ein Antrag auf Verschiebung jener Berathung geeignet gewesen sei. Ich habe diesen Antrag nicht gestellt, aber wir rechnen mit unbekannten Größen, und werden daher um so vorsichtiger sein müssen. Wir werden bei unserer Diskussion auf die der ersten Kammer Rücksicht nehmen können und müssen. — Es ist die erbliche Pairie hier so eben empfohlen worden, und das nach englischem Vorbilde schon oft geschehen. Die englische Verfassung freilich kann in ihrer Reinheit ohne die erbliche Pairie nicht bestehen, aber in England ist das ein Resultat einer geschichtlichen Entwickelung. Die Tradition des hohen englischen Adels hat dort Boden im Volke, und die dortige Pairie ist in der That eine legale Macht. Ich habe früher Aehnliches für Preußen und Deutschland für möglich gehalten, aber nach reiflicher Ueberlegung bin ich davon abgekommen. — Bei uns kann man für den Adel, der Freiheit gegenüber, nicht jene Tradition voraussetzen. Mir ist nicht bekannt, daß bei uns der minder mächtige Adel für die Freiheit Etwas gethan hätte, wie das von England bekannt ist. Bei uns hat sich der Adel für seinen Ruhm mehr den Höfen dienstbar gezeigt. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß die socialen Bewegungen des vorigen Jahres besonders in den Gebieten der früheren reichsunmittelbaren intensiv waren. Jetzt nun, nach dem Jahre 1848 mit einer erblichen Pairie auftreten zu wollen, halte ich für unglücklich, wenn ich nur auf das Schicksal der erblichen Pairie Frankreichs hinweise, und der Abgeordnete für Barnim hat gewiß einst ausreichende staatsrechtliche Gründe gehabt, für Abschaffung einer erblichen Aristokratie zu wirken. — Eine künstlich geschaffene Aristokratie wird nicht zur Vermittelung zwischen Krone und Volk geeignet sein, ich glaube vielmehr, daß diese eher aus den Genossenschaften der Gemeinden, Bezirke und Provinzen hervorgehen wird, und gerade Frankreich, überhaupt die romanischen Völkerschaften, würden glücklicher operirt haben, wenn sie diesen Weg eingeschlagen hätten. — Was die übrigen Vorschläge betrifft, so kann ich die Universitäten nicht als Korporationen betrachten, sie sind nur Staatslehranstalten; doch ich übergehe neben der wichtigsten Frage von der Pairie alle anderen als nebensächlich. — Würden die Provinzen zu so großer Bedeutung gelangen, daß in einem Provinzenhause das Partikulare zu mächtig hervortreten müßte, dann könnte ich mich nicht für die Bildung eines Provinzenhauses aus der Provinzialvertretung entschließen. — Herr Keller hat gesagt, es sei die Bildung der ersten Kammer nach den meisten Vorschlägen nur eine Bildung nach Einfällen. Sind die Einfälle aber gut und ihre Ausführung das Zulässigste, warum soll man dann die Einfälle abweisen. — In Frankreich hatte sich die Pairskammer ganz machtlos erwiesen, und auch der belgische Senat hat sich nicht so machtvoll gezeigt, daß er zur Nachahmung auffordern könnte. Eine Pairie bei uns aber, künstlich gebildet, würde dem Wagen entsprechen, der, mit Pferden hinten und vorn bespannt, unbeweglich bliebe. — Wenn ich dem Vorschlage der Kommission zustimmen könnte, die erste Kammer aus der Bezirks-Vertretung hervorgehen zu lassen, so müßte ich doch dem Zusatze entgegen sein, 80 Mitglieder aus den höchstbesteuerten Grundbesitzern zu entnehmen. Ich sehe keinen Grund für diese große Vermehrung der ersten Kammer gegen den Vorschlag der Regierung. Dem großen Grundbesitz wird eben durch diesen, wie wir das schon gegenwärtig sehen, Mittel genug gegeben sein, durch Popularität sich Eintritt in beide Kammern zu verschaffen. Und könnte dann nicht auch der große Fabrikant gleiche Berechtigung für sich in Anspruch nehmen, dem dann der kleine Industrielle, der kleine Grundbesitzer bald folgen möchten. — Die Nichtbewilligung der Reisekosten und Diäten für die Mitglieder der ersten Kammer würde ich in dem Falle einer besonderen Begünstigung der großen Grundbesitzer empfehlen müssen. Der Grund, daß mit dem Gewinne einer erblichen Pairie daß Steuerbewilligungsrecht gewährt werden könne, kann für die Pairie nichts entscheiden; denn ich glaube, meine Herren, daß, wenn wir jetzt das Steuerbewilligungsrecht für das Volk nicht erhalten, dieses es dennoch in nicht langer Zeit es sich verschaffen werde. (Bravo! Zischen.)

Abg. Reichensperger: Ich glaube, daß es um deshalb nöthig ist, die Mitgliederzahl der ersten Kammer von 180 auf 240 zu erhöhen, um ihrer Wirksamkeit mehr praktischen Werth zu gewähren. Ein

bedeutender belgischer Staatsmann hielt auch für Belgien eine gleiche Mitgliederzahl für beide Kammern für nöthig. — Drei Prinzipe liegen uns für die Bildung der Kammern vor, das Wahl-Gesetz der Verfassungsurkunde, das provisorische Wahl-Gesetz und die Vorschläge der Kommission. Es ist bei uns die Institution der Adelsaristokratie nicht, wie in England, in das Bewußtsein des Volkes eingegangen, weil diese Aristokratie es nicht verstand, sich mit dem Volke zur Freiheit zu erheben. (Bravo!) Jeder ist Aristokrat, er ist es nach unten hin, während er nach oben hin oppositionell, volksthümlich oder unterwürfig ist. Es giebt Manches für den, der die deutsche Geschichte kennt, zu denken bei dem Worte Grundherrlichkeit; heut aber darf dieses Wort seine alte Bedeutung nicht mehr haben; es wäre die Unterordnung des Menschen unter die Scholle. Was aber von der Geschichte bestraft, was thatsächlich untergegangen ist, das kann und darf nicht mehr Platz greifen. Nicht aus der Steuerzahlung allein kann eine Vertretung des Volkes hervorgehen, am geeignetsten wohl für die erste Kammer aus der Kreis- und Provinzial-Vertretung. Das Grundeigenthum aber als ein Subjekt hinzustellen zur Ausübung politischer Rechte, halte ich für einen Irrthum. Eine Macht in die Hände der großen Grundbesitzer zu legen, die andern mindestens gleich großen und konservativen fehle, könnte nicht zu guten Ausgängen führen. Es würde z. B. ein Drittheil der ersten Kammer, aus den größten Grundbesitzern bestehend, jede auch noch so nothwendige Verfassungs-Aenderung verhindern können, und daher zu dieser Aenderung eine Revolution nothwendig machen. Ich glaube, daß aus den Provinzial-Vertretern die Mitglieder der ersten Kammer am geeignetsten hervorgehen werden. Der Redner schließt mit einigen Aussprüchen des französischen Staatsmannes Tocqueville über die legislativen Körper der nordamerikanischen Freistaaten, und schließt: Geben Sie unserm Lande einen solchen Senat und Sie werden Tüchtiges geleistet haben.

Abg. Urlichs: Wir dürfen uns jetzt nicht darauf einlassen, auf die künftige Ausbildung von Instituten und Korporationen zu rechnen, wir müssen die Zustände nehmen wie sie sind, und dasjenige Element aufsuchen, auf welchem wir eine erste Kammer gründen können. Ein solches, und zwar das dauerhafteste von allen scheint mir dasjenige Institut zu sein, gegen welches sich der Vorredner so entschieden ausgesprochen hat, die erbliche Pairie, zu welcher sich vor 1848 alle großen Schriftsteller der konstitutionellen Monarchie bekannt haben. Man hat gegen dieselbe eingewandt, daß der deutsche Grundadel sich nicht so benommen habe, um jetzt ein bedeutendes politisches Element zu bilden. Ich glaube aber, daß die englische Pairie durchaus nicht das Lob verdient, welches man ihr gespendet hat; alle großen Reformen in der neuern Zeit sind ihr abgedrungen worden, und es ist daher durchaus kein Grund vorhanden, hier alles Licht zu sehen, auf den Grundadel Deutschlands allen Schatten zu werfen. Wenn aber der deutsche Grundadel im Allgemeinen auch manchen Vorwurf verdient, trifft derselbe den preußischen großen Grundbesitz? Ist der Adel seit 1848 so unpopulär geworden, daß ihm keine Stelle mehr im Staate gebührt, sind alle jene Verdienste vergessen, welche er früher der politischen Entwicklung geleistet hat? Die Stein und Hardenberg sind aus demselben hervorgegangen, während das berliner Denunziantenwesen durch einen Bürgerlichen aus dem geheime Raths- und Professorenstande eingeführt worden ist. Und wenn der Adel in Preußen unpopulär wäre, dürfen wir darauf so viel Gewicht legen? Ich glaube freilich, daß wir verpflichtet sind, die festgegründete Ueberzeugung des Volkes zu berücksichtigen, nicht aber eine gewisse Popularität, die nur auf Angewöhnung beruht. Ich will auch nicht, daß die Masse der ersten Kammer nur aus dem Grundadel bestehe, wie sich aus meinem Amendement ergiebt. Es soll ferner ein Maximum erblicher Pairs von 60 festgesetzt werden. Endlich soll nicht die Krone allein, sondern auch die Vertretung des Volkes bei derselben konkurriren. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so werden Sie ein würdiges Element in der Volksvertretung schaffen. Die Einwendung der Fideikommisse dagegen ist nicht stichhaltig. Wir brauchen bei dem betreffenden Paragraphen nur hinzuzufügen: Ausnahmen bestimmt das Gesetz.

Vicepräsident Lensing übernimmt den Vorsitz.

Abg. v. Fock (für sein Amendement): Der Stand der großen Grundbesitzer verdiene nicht den Vorwurf, den man ihm gemacht habe, daß er die Entwickelung Preußens gehemmt habe. Ein Stand müsse in dieser Hinsicht dem andern verzeihen, und wenn der große Grundbesitz im vorigen Jahre auch manchen besseren Bestrebungen Widerstand geleistet babe, so sei es geschehen, weil er der Theil des Volkes sei, welches am meisten an dem Grundsatze festhielt, daß König und Volk zusammenhalten müssen. Man hat auf die Schwäche der französischen Pairie hingewiesen, aber erinnern Sie sich, daß mit der Pairie in Frankreich auch das Königthum gefallen ist. Die Aufhebung der Fideikommisse kann kein Einwand dagegen sein, wie schon der Vorredner nachgewiesen hat. Wenn es für die Gründung einer erblichen Pairie nothwendig wäre, Ausnahmen zu machen, so würde dies in dem vorliegenden Punkte wohl hinreichend motivirt sein, wenn es nicht überhaupt räthlicher wäre, auf die Aufhebung der Fideikommisse zu verzichten, da es mir ein durchaus falscher Grundsatz scheint, einen Stand auf den Trümmern des andern zu erheben, ihn zu hindern, sich aus eigener Kraft Dauerhaftigkeit zu verschaffen. Der Redner vertheidigt nun die weniger erheblichen Bestimmungen seines Amendements.

Abg. Graf Renard. Die alten Römer wählten, wenn das Vaterland in Gefahr war, einen Diktator, der alle Gewalten in sich vereinigte, und solche Diktatur hat das Vaterland öfters gerettet. Wir verfahren umgekehrt, indem wir nicht allein die Staatsgewalten trennen, sondern jede einzelne auch möglichst schwach zu machen trachten. — Ich bin durchaus konstitutionell, aber ich habe keinen Begriff von einer Konstitution, nach welcher die drei Staatsgewalten gleiche Macht haben sollen. Ich glaube aber, daß wir nicht durch eine künstliche Verfassung, sondern trotz einer solchen das Nöthige erreichen werden. Einer zweiten Kammer von Volkes Gnaden müssen wir eine andere Kammer von Gottes Gnaden gegenüberstellen. Die englische Verfassung hat das, weil die englische Revolution, was die Geschichte geschaffen, nicht angriff, während Frankreich, weil es das geschichtliche Königthum sogar vernichtete, nicht allein zu keiner Pairie, sondern überhaupt zu keiner Ruhe, zu keinem Heile mehr gedeihen wird. — Nicht das Jahr 1848 hat die Forderung, keiner erblichen Pairie Boden zu gewähren, geschaffen, sondern die Bureaukratie hat im Sinne Richelieu's an der Untergrabung einer haltbaren Aristokratie seit langen Jahren gearbeitet. Ich schließe mich am nächsten dem Antrage von Keller an, obwohl ich kein Freund der Mitte bin; doch wünsche ich, daß man die Industrie, den Handel nicht als etwas dem Grundbesitz Entgegenstehendes auffassen möge. — Man möchte unsern Staat in Atome auflösen, aber es ist noch nicht gelungen, und wenn wir das, was die Geschichte uns überliefert hat als die Elemente der großen Entwickelung unseres Vaterlandes, ferner an dieser Entwickelung grundgesetzlich sich betheiligen lassen, dann wird unser Staat auch länger noch jener Auflösung widerstehen. (Bravo!)

Abg. Müller (Wohlau): Wir gehen davon aus, daß ein Zweikammersystem für uns nothwendig sei; es handelt sich nur um die Bildung derselben. — Die Kommission ist von der Ansicht ausgegangen, daß die erste Kammer erhaltende Elemente enthalten müsse; wenn ich aber die Vorschläge der Kommission betrachte, so finde ich zwischen diesen und dem aufgestellten Prinzipe keinen Anklang. Ich muß mich daher, um diesem Prinzipe, das ich ganz theile, zu entsprechen, für eine Erblichkeit in der ersten Kammer erklären, indem ich anerkenne, daß die erbliche Pairie für England segensreich gewirkt. — Man sagt nun, daß der hohe Adel bei uns sich zu einer erblichen Pairie nicht eigne, da der Adel des Vertrauens im Volke nicht genieße, dessen er zu einer solchen Stellung bedürfe; aber ich weiß, daß der Adel mit dem ganzen Volke stets gewetteifert hat in der Liebe zum Vaterlande und Treue zum Könige, und in der Herrenkurie einer gesunden Volksfreiheit ein warmes Wort redete. Ich glaube auch nicht, daß im Volk eine fast allgemeine Apathie gegen eine erbliche Pairie vorhanden ist, und ich halte es für eine unserer Aufgaben nach Vollendung unserer Arbeit hier, das Volk über die Nothwendigkeit einer solchen Einrichtung aufzuklären, wo es nöthig sein sollte. — Ich erkläre mich für eins von den Amendements, welche eine erbliche Pairie wollen, und empfehle dasselbe auch Ihrer Annahme. (Bravo!)

Abg. Breithaupt (für das Amendement) motivirt zunächst, warum er sich in seinem Amendement nicht für die erbliche Pairie ausgesprochen habe. — Die erbliche Pairie habe keinen Boden in unsern Zuständen, sie würde weder die Rechte der Krone, noch die des Volkes schützen. Für die Aufnahme der vormals reichsunmittelbaren Fürsten in die erste Kammer sei es nicht aus Gründen der Erblichkeit, sondern um der Gerechtigkeit willen, welche erfordere, daß die jenen Fürsten gemachten Zusagen erfüllt werden. — Man hat mit Recht behauptet, daß die erste Kammer das stabile, konservative Element der Volksvertretung sei, sie die dauernde Interessen der Nation zu vertreten habe. Ihre Kommission will nun die erste Kammer aus der Wahl der Provinzial- und Kreisvertretung hervorgehen lassen. Dieser Wahl-Modus würde aber nicht wesentlich von dem der zweiten Kammer verschieden sein: die Provinzial- und Kreisvertretungen würden eine Art von stehenden Wahlmänner-Kollegien sein, da sie selber aus der Wahl der Provinz und des Kreises hervorgehen. Es ist ferner mit Recht gesagt worden, daß die erste Kammer die verschiedenen Interessen des Volkes zu vertreten habe, die zweite Kammer das allgemeine. Wenn aber die erste Kammer aus jener Wahl hervorgeht, so wird sie nur ein einziges von jenen Interessen, das Interesse der Provinzen und Kreise vertreten. Es giebt noch viele andere Interessen zu vertreten, die der Universitäten, der Kirchen u. s. w. Diesen verschiedenen Richtungen habe ich in meinem Amendement eine Stelle gesichert. Durch eine aus der Wahl der Provinzial- und Kreisvertreter hervorgehende erste Kammer würde auch nur ein einseitiges materielles Interesse repräsentirt werden, durch mein Amendement werden auch die verschiedenen geistigen Interessen der Nation derücksichtigt.

Nachdem der Abg. Tobe sein Amendement motivirt hat, wird der Antrag auf Vertagung der allgemeinen Diskussion angenommen.

Schluß der Sitzung $2\frac{3}{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag den 23. d. M. 12 Uhr.

---

**Berlin**, 22. Oktbr. Der Licentiat Smolka ist zum Direktor des in Peiskretscham, Regierungs-Bezirk Oppeln, neu errichteten katholischen Schullehrer-Seminars ernannt; und dem Organisten und Hauptlehrer A. Ketschau zu Erfurt das Prädikat Musik-Direktor beigelegt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Georg zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, nach St. Petersburg. Der wirkliche geheime Ober-Justizrath und Unter-Staatssekretär im Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten, Bode, nach Schlesien. Der Ober-Präsident der Provinz Posen, v. Beurmann, nach Halle. Der General-Major und Commandeur der 4ten Landwehr-Brigade, v. Korff, nach Bromberg. Se. Excellenz der herzogl. anhalt-dessauische Staatsminister, v. Plötz, nach Dessau.

X. **Berlin**, 22. Oktober. [Der allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit.] Was uns in Deutschland fehlt, ist eine Centralisation, ein organisches Ineinandergreifen derjenigen Kräfte, welche auf die Erhaltung und Erhöhung der materiellen Wohlfahrt der Nation hingerichtet sind. Die Kräfte selbst sind im Vaterlande vorhanden, aber sie fahren auseinander, vielfach gestört durch die Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung, und durch die in Folge unserer historischen Zerrissenheit faktisch ausgebildeten Gegensätze der materiellen Interessen. Diese auszugleichen und zu versöhnen durch die Weihe der Einheit ist eine eben so hohe als schwere Aufgabe, an welche Preußen durch Gründung des Zollvereins zuerst Hand angelegt hat. Leider fehlt es nicht an egoistischen Gegnern dieser segensreichen Richtung, die darauf berechnet ist, alle deutschen Stämme in ihren wichtigsten realen Lebensbeziehungen zu einigen und zu kräftigen. Gerade jetzt, wo Preußen auch auf politischem Gebiet das Band der Einheit um die Getrennten zu schlingen sucht, bestreben sich die Gegner der Handels- und Zolleinigung Deutschlands, theils mit Hülfe ausländischer Verbündeten, theils unter Benutzung einer traurigen, in Süddeutschland verbreiteten Antipathie gegen Preußen, ihre unpatriotischen und unlautern Absichten zu erreichen. Und gerade diesem Treiben gegenüber macht sich der oben erwähnte Mangel schmerzlich fühlbar. In England und Frankreich ist dafür gesorgt, daß das Volk weiß, woran es in materieller Beziehung mit der gesetzgebenden und ausübenden Gewalt ist; die vielen, für das ganze Land geltenden statistischen Handels- und Gewerbeberichte, welche dort regelmäßig veröffentlicht werden, geben den gewerbtreibenden Klassen für ihre industriellen Unternehmungen die nöthigen Leitfäden an die Hand; zwischen der Regierung und den producirenden Ständen sind die erforderlichen Organe vorhanden, welche nach beiden Seiten hin Aufschlüsse und Gutachten ertheilen, — kurz, die Centralisation der nationalen Kräfte macht sich dort zum Nutzen des ganzen Landes gelten. Je empfindlicher wir die Ausbildung einer solchen heilsamen Gliederung in unserm staatlichen Organismus vermissen, desto erfreulicher ist es, einsichts- und einflußreiche Männer bemüht zu sehen, diesem Mangel abzuhelfen, diese Lücke in unserem Vaterlande auszufüllen. Von solcher Absicht zeugt das Auftreten des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, der sich im vorigen Jahre zu Frankfurt a. M. bildete, und dessen engerer Ausschuß, mit dem Fürsten Felix zu Hohenlohe an der Spitze, dort seinen Sitz hat. Dieser Ausschuß erhält die Verbindung mit den über ganz Deutschland zerstreut lebenden Mitgliedern des Vereins, macht die Interessen und Anliegen der deutschen Arbeit bei Regierungen, Kammern und in der Presse geltend, und giebt ein „Vereinsblatt für deutsche Arbeit" heraus, auf das wir besonders die deutschen Industriellen aufmerksam machen.

C. C. **Berlin**, 22. Oktober. [Vertheidigung des Ministeriums gegen die Partei der Neuen Preuß. Zeitung.] Die zweite Kammer hat die zeitweilige Einstellung der Verfassungsberathungen zu einer unterhaltenden Digression auf dem Gebiete der Gewerbsamkeit benutzt. Und wer hätte es glauben sollen, auch hier haben sich dieselben Gegensätze gezeigt, welche in den Debatten auf dem rein politischen Gebiete im Kampf mit einander gestanden, in einem Kampfe, der sich in seinen extremen Richtungen hier wie dort als ein Kampf des Alten gegen das Neue bezeichnen läßt. Insofern verwundert es nicht,

daß sich auch hier auf dem gewerblichen Felde dieselben Personen als Gegner wieder finden, welche sich auf dem politischen Felde so eben noch mit einander gemessen haben. Ja, Hr. v. Bismark-Schönhausen geht in seiner Vorliebe für das Alte so weit, daß er den Schritt, welchen die Regierung durch das Gesetz vom 9. Februar restringirend gethan hat, nur insofern billigt, als daraus die Hoffnung erwächst, vielleicht noch einmal die Zeit vor dem Jahre 1810 mit der ganzen geschlossenen Zunftverfassung wieder hergestellt, und damit endlich das ganze Unwesen der (gottlosen?) Gewerbefreiheit zu Grabe getragen zu sehen. Wir haben eine zu gute Meinung von dem Scharfsinn des Hrn. v. Bismark, um zu glauben, daß er wirklich die Nachtheile und die Mißbräuche übersieht, welche sich an die alte Zunftverfassung schließen, und die wohlthätigen Folgen unterschätzen sollte, welche die Freigebung der Kräfte in der Gewerbsamkeit nach sich gezogen hat. Allein augenscheinlich hat es für den edlen Abgeordneten von Brandenburg heute höheren Werth für einen Reaktionär vom reinsten Wasser zu gelten, indem er sorgfältig vermeidet, diese Reinheit durch Aeußerungen zu trüben, welche in irgend einem Punkte von einem unbefangenen oder parteilosen Standpunkte Zeugniß geben könnten. Hr. v. Bismark, welcher sich und seine Freunde in der zweiten Kammer wahrscheinlich in eben dem Grade für die vorzüglichsten Stützen des Ministeriums hält, als dies Hr. v. Gerlach in der ersten Kammer kürzlich nicht ohne einige Ruhmredigkeit von sich und seinen Freunden verkündete, verfällt nur dabei, eben so wie Hr. v. Gerlach in die eigenthümliche Inkonsequenz, daß sie das Ministerium fast in allen speziellen Fragen mit einem gewissen Grade von zuversichtlicher Rücksichtslosigkeit angreifen, so daß bei näherer Prüfung die ganze Stütze, welche beide Führer dem Ministerium gewähren, sich auf die wenigen Fälle beschränkt, in welchen sich herausstellt, daß die Ansicht des Ministeriums zu einer Stütze für die Absichten oder Anschauungen der Fraktionen Gerlach-Bismark dienen. Wir sind weit entfernt, dies Manöver ungeschickt oder unnatürlich zu nennen, allein man wird zugestehen müssen, daß die Bedeutung der vermeintlichen Aufopferungsfähigkeit der äußersten Rechten in beiden Kammern für das Ministerium auf solche Weise etwas enger zusammenschrumpft, als man nach den Selbstzeugnissen, welche diese politische Partei sich öfters ausstellt, vermuthen sollte. So nahm Herr v. Gerlach keinen Anstand in seinen Vorträgen über die kirchliche Frage auf der Tribüne der ersten Kammer mit offenbarer Geringschätzung von der Art und Weise zu sprechen, auf welche die Regierung durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten die Stellung der Kirche wahrte, und es war für den Beobachter nicht schwer zu durchschauen, wie die Absicht des Redners eigentlich am liebsten dahin gegangen wäre, den Minister des Kultus geradeheraus für einen „Lichtfreund" zu erklären. — Gewiß mit nicht geringerer Indignation vernahm es Hr. v. Bismark, daß der Minister des Handels in der zweiten Kammer sich dem Prinzipe nach für Gewerbefreiheit erklärte, ein Bekenntniß, welches ihn in den Augen des ritterlichen Kämpen auf der äußersten Mark der Rechten, gewiß nicht minder herabwürdigt, als den Minister v. Ladenberg das Bekenntniß zum Prinzipe der Glaubensfreiheit in den Augen des eifrigsten Verfechters der Kirche um seinen Kredit gebracht hat. Es stehen indeß noch andere Prüfungen bevor, wo es sich zeigen wird: in welchem Umfange die Behauptung des Hrn. v. Gerlach eine Stütze des Ministeriums zu sein, eine Wahrheit werden soll; denn die Debatten über die neue Gemeindeordnung, die Einkommensteuer, und die Aufhebung der Grundsteuerexemtionen sind noch in petto. Wer die Neue Preuß. Zeitung liest, erhält von dem Programm des Hrn. v. Gerlach und seiner Freunde in diesen Punkten schon einige Ahnung und es wird darauf ankommen, ob die genannte Partei es vorziehen wird, bei den Berathungen selbst ihrem inneren Zusammenhange mit der Neuen Preuß. Zeitung, oder ihrer gerühmten Anhänglichkeit an das Ministerium ein Dementi zu geben.

A.Z.C. **Berlin**, 22. Oktbr. [Aus der zweiten Kammer. — Zur Gewerbe-Gesetzgebung.] Nächst der Finanz-Gesetzgebung ist wohl der wichtigste Theil der Verfassung derjenige, mit dessen Revision die zweite Kammer heute begonnen hat, der Titel von der Zusammensetzung der Kammern. Um so auffallender mußte es erscheinen, auch heute die Tribünen nur höchst spärlich besetzt zu sehen. Ja selbst das anwesende Publikum ward so wenig durch die Verhandlungen in Anspruch genommen, daß man Mehrere sanft eingeschlafen erblickte. Wirklich waren denn auch nur wenig Reden von tieferer Bedeutsamkeit und diese wenigen wurden in den übrigen wiedergekäut, Nichtsdestoweniger dürfte der Kampf bei den Abstimmungen ein sehr hartnäckiger werden. Die Zahl der eingebrachten Amendements beweist am besten die Verschiedenheit der Ansichten, die sich in der Kammer ganz in derselben Weise wiederholen zu wollen scheint, als in der Kommission. Es könnte unter diesen Umständen nur gebilliget werden, wenn der Präsident von vornherein erklärte, die Abstimmung vor übermorgen nicht vornehmen zu wollen, um der reiflichen Erwägung volle Zeit zu lassen. Bei der Abstimmung selbst stehen mehrere Namensaufrufe zu erwarten. Das zu erwartende Resultat läßt sich jedoch heute noch auf keine Weise vorher bestimmen. — Nach der neuesten Gewerbe-Gesetzgebung sollen bekanntlich für jede Innung besondere Innungs-Statuten aufgestellt werden. Da aber die zu diesem Behufe von den verschiedenen hiesigen Innungen gemachten Vorlagen in Form und Inhalt wesentlich von einander abweichen, so hat der Magistrat im Einvernehmen mit der Gewerbeabtheilung ein Normal-Statut entworfen, welches diejenigen Grundsätze enthält, welche so viel als möglich bei Ausarbeitung der Statuten in allen Gewerken festgehalten werden sollen. Hiernach wird nun unverzüglich von den Gewerks-Assessoren bei den verschiedenen Innungen das Weitere veranlaßt werden, um im Einvernehmen mit ihnen die Statuten festzustellen, welche demnächst vom Magistrat geprüft und zur Bestätigung weiter überreicht werden. Es dürfte sich dieses Verfahren vielleicht auch in den großen Provinzialstädten empfehlen, wo bei der Mannigfaltigkeit der Innungen sonst dieselben Abweichungen in den Statuten Platz greifen müssen. Noch mehr aber würde es eine wünschenswerthe Gleichmäßigkeit befördern, wenn die Magistrate sich gegenseitig die von ihnen in gedachter Weise entworfenen Normal-Statuten zu vergleichender Benutzung mittheilten. Es würde dies eine ganz ähnliche Prozedur sein, als diejenige war, durch welche man im Mittelalter die Stadtrechte fortpflanzte. Wie sehr aber die sogenannten Weisthümer auf die Gleichmäßigkeit der Rechtsbildung eingewirkt haben, ist bekannt.

C.B. **Berlin**, 22. Oktober. [Der Reichsverweser. — Die Klassensteuer. — Die lutherischen Gemeinden.] Wie es heißt, beabsichtigte der Erzherzog Reichsverweser vor seinem Rücktritt aus seiner hohen Stellung ein Manifest an die deutsche Nation zu erlassen. Es soll dies jedoch namentlich österreichischerseits hintertrieben worden sein. — Die Gesetzesvorlage wegen Aufhebung der Klassensteuer-Befreiungen ist in der Finanzkommission der zweiten Kammer berathen, und wird der Kammer die Annahme mit der Maßgabe empfohlen, daß das Gesetz (wie in der gestrigen Bresl. Ztg. mitgetheilt) mit dem 1. Januar 1850 zur Ausführung gebracht werde. In Bezug auf die von den Standesherren bisher genossene Klassensteuerbefreiung bemerkt der von dem geh. Ober-Finanz-Rath Pochhammer abgefaßte Kommissionsbericht, daß das Gesetz v. 21. Juni 1815, welches jenes Privilegium den früher Reichsunmittelbaren garantire, durch die Verfassung v. 5. Dezember aufgehoben sei, ein Akt, zu welchem die legislative Gewalt unstreitig befugt sei. So weit einzelne Standesherren sich in der Lage befinden möchten, ein Recht auf Steuerfreiheit aus einem mit der Regierung geschlossenen speziellen Vertrage herzuleiten, so werde denselben durch die Aufhebung des Privilegiums ihr Anspruch auf Entschädigung in keiner Weise verschränkt. Die Kommission hat sich einstimmig für die Heranziehung der ehemals Reichsunmittelbaren zur Klassensteuer ausgesprochen, wobei noch bemerkt wurde, daß es im eigenen Interesse der betheiligten Familien zu liegen scheine, die exceptionelle Stellung aufzugeben, welche sie hinsichtlich der Besteuerung ihren Mitbürgern gegenüber bisher eingenommen haben. Die Heranziehung der Schullehrer veranlaßte eine längere Diskussion. Eine Fraktion wollte diejenigen im Genuß der Steuerfreiheit auch ferner belassen, die kein angemessenes Einkommen beziehen, Allein die Majorität war gegen eine solche Bevorzugung. Dagegen wurde der Vorschlag, auch Unteroffiziere und alle in gleicher Dienstkategorie stehenden Glieder der Armee, Gensdarmen und dergl. zur Steuer heranzuziehen, verworfen. — Die Konferenz von Vertretern lutherischer Gemeinden, die im Anschluß an den Kirchentag zu Wittenberg im September d. J. statthatte, erläßt jetzt einen Zuruf an alle evangelisch-lutherischen Gemeinden Preußens, in welchem ihre Bekenntnißgenossen von dem Ausscheiden aus der Landeskirche abgemahnt werden. An der Spitze der Unterschriften findet sich der Name des Konsistorial-Präsidenten a. D. Göschel.

**Berlin**, 22. Oktbr. Der heutige Staats-Anzeiger enthält die Fortsetzung des Berichtes über die Sitzung des **deutschen Verwaltungsrathes** vom 17. d. M. (S. die gestrige Bresl. Ztg.) Außer dem preußischen Bevollmächtigten gaben alle anderen Vertreter der betheiligten deutschen Regierungen ihre Ansichten in Bezug auf die **hannoversche Erklärung** kund. — **Sämmtliche stimmten vollkommen dem preußischen Bevollmächtigten bei**, mit Ausnahme des sächsischen und mecklenburg-strelitzschen Bevollmächtigten. Der Vorsitzende (Bodelschwingh) kündigt nun an, daß er in der nächsten Sitzung (am 19. d. M.) im Namen der preußischen Regierung bestimmte Vorschläge über folgende Punkte vorlegen werde, — nämlich:

a) bezüglich der Modifikationen des Verfassungs-Entwurfs,
b) bezüglich Anberaumung und sofortiger Veröffentlichung eines Wahltermins für den nächsten Reichstag,
c) bezüglich des Ortes zur Abhaltung des nächsten Reichstages, und endlich
d) bezüglich der Art und Weise, in welcher der Verwaltungsrath demnächst mit dem versammelten Reichstag verhandeln wird.

Nach der jüngsten Abstimmung über § 108 in der ersten Kammer sollen viele Abgeordnete der zweiten sich dahin geeinigt haben, in Geldbewilligungen, namentlich für die Ostbahn, sehr vorsichtig zu verfahren. P. C.

Im Kreise Halberstadt und im Kreise Gardelegen, wo viel Hopfen gebaut wird, klagt man, daß die Hopfenerndte in diesem Jahre in Folge erlittenen Frostes gänzlich verloren gegangen sei.

Die Berliner und schlesischen Seidenwaaren-Manufakturisten sind sicher über den Ausfall der diesjährigen Margarethen-Messe zu Frankfurt a. O. sehr zufrieden, indem dieselben fast ihr ganzes Lager, wenigstens über 7/8 desselben absetzten. Trug zu diesem günstigen Resultat allerdings die Besorgniß bei, die Seide werde im Preise steigen, so hatte doch nicht minder die Güte und Schönheit des Fabrikates daran Theil. Uebrigens stellte der Verlauf der Messe die 8871 Meßfremden (1148 mehr als im vorigen Jahre) im Allgemeinen ziemlich zufrieden. C. C.

β **Königsberg**, 20. Oktober. [Dr. Johann Jacoby] traf heute von Stettin hier ein, und hat sich unmittelbar nach seiner Ankunft zur Haft gestellt. Er ist dem Inquisitoriate überliefert worden und soll seine Vernehmung über die Stuttgarter Vorgänge noch heute stattfinden. Obgleich der ergangene Verhaftsbefehl schon seit langer Zeit hier bekannt war, so macht die nun wirklich erfolgte Verhaftung hier doch die größte Sensation.

## Deutschland.

**München**, 18. Oktbr. [Die Interpellation des Fürsten Wallerstein.] In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten stellt Fürst Wallerstein ans Präsidium die Frage, ob die Interpellation, unterzeichnet von den Abgg. Frhrn. v. Lerchenfeld, Thinnes u. A., über die preußischen Entschädigungsansprüche wirklich gestellt, und wenn, ob dieselbe wieder zurückgenommen worden sei? Der zweite Präsident bejaht Ersteres und bemerkt, daß die Beantwortung durch den Minister mit Zustimmung der Interpellanten auf eine spätere Sitzung verschoben worden. Minister v. d. Pfordten: Die Beantwortung kann in der nächsten Sitzung erfolgen, es mußten weitläufige frühere Akten eingesehen werden, um Thatsachen zu constatiren, und deshalb entstand der Wunsch um die Verschiebung auf eine spätere Sitzung. Fürst Wallerstein: Ich begnüge mich mit der Antwort des Hrn. Ministers. Allein die Interpellation selbst muß um so mehr Aufsehen erregen, als unter den Unterzeichnern mehrere Mitglieder der Commission über die deutsche Frage sich befinden, die nun diesen isolirten Gegenstand aufgreifen. Bei Abfassung der Adresse hat man uns eine neutrale Stellung angewiesen, wir haben sie angenommen, seit dieser Zeit sind aber 4 Wochen verflossen, und noch hat uns die treffende Commission keine Vorlage gemacht. Unterdessen drängt sich Thatsache auf Thatsache, und bereits ist ein Vertrag geschlossen, der unsere Mitwirkung auszuschließen droht. Die Reichsräthe haben keinen Grund, sich um den Stand der deutschen Frage zu bekümmern, sie haben dies dem Minister anheimgestellt und sich für seine seitherige Thätigkeit bedankt; wir haben uns nicht bedankt, aber der Mund ist uns geschlossen, weil die Commissionsglieder uns keine Gelegenheit zu reden, den Willen des Landes zu verkünden, geben. **Das Vaterland, Deutschland erwartet von uns kräftige Worte, und wir können nicht reden.** Ich werde deshalb den Weg der Interpellation mit meinen Freunden betreten und eine Interpellation dahin stellen: **Ob der veröffentlichte Vertrag wirklich so besteht, wie er gemeldet wird, und ob er von der Regierung ohne Zustimmung der Kammer ins Leben gerufen werden will? Durch diesen Vertrag erhalten wir weniger, als wir vor dem März hatten; wir erhalten einen Bund, aber nicht einmal einen Bundestag. Deshalb erachten wir es für unsere heiligste Pflicht, gegen jeden solchen Akt, der die Mitwirkung des deutschen Volkes ausschließt, Verwahrung einzulegen.** Meine Herren! Es ist heute der 18. Oktober. Ich habe denselben im Jahre 1813 mit durchlebt, was war das für eine Zeit, und wo stehen wir heute?! Es ist die höchste Zeit, daß etwas geschieht; ich und die Freunde, mit denen ich stehe, werden deshalb die Interpellation noch heute in die Hände des Präsidiums bringen. Minister v. d. Pfordten: Der Vertrag, von dem gesprochen wurde, ist der Regierung bis jetzt

(Fortsetzung in der Beilage.)

**Mit zwei Beilagen.**

Erste Beilage zu № 248 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 24. Oktober 1849.

(Fortsetzung.)

officiell nicht mitgetheilt. Die Verhandlungen selbst waren ihr bekannt, doch nicht die jetzige officielle Gestaltung, deshalb kann ich keine Vorlage machen; ist die Mittheilung an die Regierung erfolgt, so werde ich der Pflicht, die mir die Verfassung auflegt, Genüge leisten. Abg. Fürst **Wallerstein**: Ich danke dem Herrn Minister für das Licht, das seine Erklärung auf die Sache geworfen hat, obwohl eine Antwort auf meine vorläufige Interpellation darin nicht enthalten ist. Vor Allem muß ich mich aber gegen einen bereits mehrmals aufgestellten Grundsatz aussprechen, als eignen sich offizielle Verhandlungen nicht zur Vorlage an die Kammer. Dieser Grundsatz gilt allerdings von diplomatischen Verhandlungen mit dem Auslande, so lange sie schweben; hier ist keine solche diplomatische Verhandlung gegeben. Vor 1½ Jahre haben die Regierungen die konstituirende Versammlung der Nation in Frankfurt anerkannt, und jetzt soll das Volk nichts erhalten, als was ihm der Wille und die Gunst der Fürsten geben will. Beim Bundestage selbst hat man dieses diplomatische Amts-Geheimniß in innern Angelegenheiten nicht beobachtet, und Baiern selbst hat dies mehrfach bethätigt; es ist auf die deutsche Frage nicht anwendbar. Ich bedaure, daß die Nation sich außer Stande befindet, ihren Willen durch uns auszusprechen, daß das Ministerium nicht sich mit der Kammer während der Verhandlungen benahm, und daß wir nicht durch Interpellationen etwas über den Stand der Sache zu erfahren vermögen. Habe ich recht verstanden, so will die Regierung, ehe sie ihr letztes Wort spricht, unsere Mitwirkung einholen. Wenn ich bedaure, daß sie die Ueberzeugung von 5 Millionen nicht zur Stütze bei den Verhandlungen nahm, so finde ich es doch erfreulich, daß sie wenigstens die Nation im letzten Augenblicke hören will.

(Bair. Bl.)

**München**, 19. Oktober. [Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Es steht die Interpellation des Abgeordneten **Lerchenfeld** und Genossen auf der Tagesordnung: 1) Ist es wirklich wahr, daß Preußen die Zolleinkünfte für seine Kriegskosten in der Pfalz in Anspruch nimmt? 2) welche Forderungen macht Preußen? 3) welche Anforderungen hat die bairische Regierung an die königl. preußische Regierung behufs der Hülfeleistung in der Pfalz und Herstellung der Ruhe gestellt? und 4) welche Verpflichtungen deshalb eingegangen? Minister v. d. **Pfordten** erklärt, die preußische Regierung, resp. das Finanz-Ministerium, habe allerdings auf das Ersuchen, die Baiern betreffenden Ueberschüsse pro 1. Semester 1849 mit 263,000 Thalern auszuzahlen, geantwortet, daß diese Summe à Conto der Kosten für die Mobilmachung des preußischen Armeecorps zur Unterdrückung des pfälzischen Aufstandes zurückbehalten werde; das baierische Ministerium habe aber am 17ten d. M. dem preußischen Finanz-Ministerium erklärt, daß es wiederholt die Auszahlung dieser Summe beantrage, da zwischen der Zollvereins-Kasse und den gemachten Forderungen kein Zusammenhang bestehe. Der Herr Minister erörtert in einer längern Auseinandersetzung und durch Verlesung mehrerer gewechselten Noten, daß Baiern nie mehr von Preußen direkt verlangt habe, als a) Besetzung des Rheinüberganges bei Oppenheim und b) Verstärkung des baierischen Armeecorps durch einige preußische Bataillone. Preußen habe mehrmals eine direkte Requisition verlangt, wie sie früher von Sachsen aus erfolgt sei, dies sei aber nicht geschehen. Hierdurch erledige sich, so weit es jetzt möglich sei, die gestellte Interpellation und insbesondere der vierte Theil derselben, da ja Baiern auf diese Art nie habe eine Verpflichtung eingehen können. — Hierauf verliest der Referent des 2. Ausschusses das Referat über den Gesetz-Entwurf, die Forterhebung der Steuern pro 1849 betreffend, und bemerkt, daß dieser Entwurf nur unter genauer Bestimmung der Steuerziele und mit Ausnahme der Einkommens- und Kapitalsteuer der Kammer empfohlen werden könne; Berathung hierüber in nächster Sitzung. Der Gesetzentwurf, auf den Antrag des Abg. **Kirchgeßner**, wird auf die Bemerkung des Ministers **Zwehl**, daß dieser Gegenstand in einem demnächst zur Vorlage kommenden ministeriellen Gesetzentwurf seine Erledigung finde, auf 4 Wochen vertagt. Der Sekretär des 6ten Ausschusses verliest eine Reihe von Anträgen, welche zulässig und zur Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse begründet erklärt wurden. (Die nächste Sitzung findet am 23. d. M. statt.)

**Stuttgart**, 19. Oktober. [Annäherung an das Dreikönigsbündniß.] Die Zeichen, daß auch die würtembergische Regierung sich nicht lange mehr dem Beitritt znm Dreikönigsbündniß werde entziehen können, mehren sich in höchst erfreulicher Weise. Auf einer Zusammenkunft der **Handelskammern** in **Heilbronn** ist der Antrag gestellt worden, daß sich diese Kammern darüber aussprechen müssen, ob in materieller Beziehung für Würtemberg der **Anschluß** an **Oesterreich** oder an **Preußen** vortheilhafter sei, und nach der Zusammensetzung der Handelskammern steht mit Sicherheit zu erwarten, daß dieselben sich für den Anschluß an Preußen entscheiden. Die betreffende Denkschrift, welche die **Stuttgarter Handelskammer** der Regierung zu überreichen beabsichtigt, wird in diesem Augenblick ausgearbeitet. Außerdem aber, und das ist fast noch wichtiger, wird am nächsten Montag, den 22. Oktober, die **Centralstelle für Handel und Gewerbe** denselben Gegenstand in Berathung nehmen, und man weiß schon jetzt bestimmt, daß auch diese Stelle den Anschluß lebhaft befürworten wird. Alle diese Kundgebungen werden nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Regierung bleiben können, und sie sind von um so größerer Bedeutung, als **die Regierung seither gegen den Anschluß an Preußen dieselben materiellen Gründe geltend zu machen pflegte, aus welchen jetzt die zunächst Betheiligten für diesen Anschluß sprechen.** (Ref.)

**Mannheim**, 19. Oktober. [Standrecht.] Vor dem heutigen Standgerichte erschien der Oekonomierath **Mögling** aus Würtemberg, angeklagt beim vorigjährigen badischen Aufstand mitgewirkt, und in der jüngsten Revolution an den Gefechten Theil genommen zu haben. Der Staats-Anwalt v. Freydorff trug deshalb auf Todesstrafe an. Der Angeklagte stellt keine der Angaben des Staatsanwalts in Abrede, bekennt frei und offen seine republikanischen Grundsätze, für die er gelebt und gewirkt habe, und für die er auch zu sterben bereit sei. Dieses offene Bekenntniß schneidet dem Vertheidiger Küchler jedes Mittel der Einrede ab: er erklärt zu Gunsten des Klienten nichts thun zu können, als dem Gerichte zu erwägen zu geben, ob das Benehmen des Angeklagten, das so sehr von dem der bisher Verurtheilten abweiche, nicht besondere Berücksichtigung verdiene. Beim Abgange der Post war das Urtheil noch nicht gefällt. Das Gericht mußte bei den vielen gravirenden Thatsachen das **Todesurtheil** aussprechen, empfahl jedoch den Angeklagten, auf den Antrag seines Vertheidigers Dr. Küchler eingehend, der Gnade des Großherzogs.

(Karlsr. Z.)

# **Dresden**, 21. Oktober. [Enthüllungen über die Brandstiftungen. — Urtheil über die preußische Hülfe. — Wahlen des Militärs. — Schaffrath.] Die „freimüthige Sachsenzeitung" hat in ihren beiden letzten Nummern angefangen, eine aktenmäßige Darstellung der hauptsächlichsten Ergebnisse der über die während des Dresdener Aufstandes verübten und versuchten **Brandstiftungen** angestellten Erörterungen zu geben. Nach diesen aus den Generalakten entnommenen Mittheilungen scheint der Befehl zur Anzündung des alten Opernhauses, welches auch den Brand des südlichen Zwingerpavillons und eines Theiles der Zwingergallerie nach sich zog, unmittelbar von dem Oberkommandanten der Stadt, Oberstlieutenant **Heinze** ausgegangen zu sein; so sagt wenigstens der in den Morgenstunden des 6. Mai am Opernhause kommandirende Stadtrath Scheuffler aus Lommatzsch aus. Die Versuche zur Niederbrennung des Palastes des Prinzen Johann wurden durch den hiesigen Gelbgießer Oehme geleitet, den der Advokat Marschall von Bieberstein aus Dresden und der eben wieder zum Landtage erwählte Bürgermeister Helbig aus Borna (Flüchtling in Toulon) dazu veranlaßten. Nach seinem eigenen am 22. v. M. abgelegten Geständnisse bespritzte Oehme aus der Rathsspritze das Dach des Prinzenpalastes mit einer Mischung von Terpentinöl, Spiritus und Wasser, von der er vermöge seiner chemischen Kenntnisse gewußt haben will, daß sie nicht brenne, und ließ dann brennende Fackelstücke vom Dache eines benachtbarten Hauses aus nachschleudern. So viel hatte genanntes Blatt nach einem Manuscript, „welches demselben bereits vor längerer Zeit ohne begleitende Zuschrift anonym durch die Post zuging," bereits enthüllt, als es gestern durch gerichtliches Verbot außer Stand gesetzt wurde, den Schluß der Darstellung abdrucken zu lassen. Die Sachsenzeitung bedauert dieses Verbot vorzüglich deßhalb, weil man die Schuld dieser Feuer den Truppen zuzuschieben sich noch täglich Seitens der Revolutionsmenschen angelegen sein läßt und noch heute solche Menschen frech in den Schenken erzählen, dabei gewesen zu sein und gesehen zu haben, daß ein preußischer und ein sächsischer Soldat aus dem Prinzenpalais mit Zündstoffen gekommen seien und das erste Feuer auf der kleinen Brüdergasse angelegt hätten. Wir geben gern zu, daß besonders, was die preußischen Soldaten anbetrifft, solche Ungereimtheiten in Dresden ohne besonderes Risiko erzählt werden, bemerken aber hier nachdrücklich, daß das Opernhaus bereits brannte, als am Morgen des 6. Mai die zehnte Kompagnie des Kaiser-Alexander Füsiliere zuerst über die Elbbrücke marschirte. Wie man heute in gewissen Kreisen über die preußische Hülfe denkt, die Sachsen vor den größten Schrecken der Pöbelherrschaft gerettet hat, beweist die in der heutigen Leipziger Zeitung befindliche Renommisterei des Kriegsministers, daß man allenfalls auch ohne die preußische Hülfe die Stadt bewältigt haben würde, nur — später. Allerdings sehr später, am spätsten, um nicht ein dreifaches feierliches jamais zu gebrauchen. Wie vertrefflich der Geist der sächsischen Truppen ist, auf denman sich so viel zu Gute thut, das beweisen doch wohl die mannigfachen größeren oder kleineren Excesse, in deren Erzählung es die konservativen Blätter seit Monaten den radikalen noch zuvorthun, und der Erfolg der militärischen Wahlen. Nicht nur, daß das Maxregiment, die alten werthen Mitglieder des Dresdner Vaterlandsvereins, in Werdau den von dem sächsischen Offizierkorps ausgestoßenen Lieutenant Müller für den Landtag erwählten, überall stimmen die Soldaten mit den Demokraten und in Dresden-Neustadt haben sie sogar gegen ihren eigenen Obersten gestimmt und dadurch dem aus der Armee ausgestoßenen Müller zum zweiten Male den Sieg verschafft. Die Niederlage, die der Oberst von Friderici durch seine Soldaten erlitten hat, würde noch weit auffälliger sein, wenn nicht alle Fraktionen der konservativen Partei unter der Bürgerschaft ihn in seiner Bewerbung unterstützt hätten. — Die Wahlen zur zweiten Kammer fallen wieder ganz im demokratischen Sinne aus, und nur die beiden Hauptstädte des Landes, so wie einzelne kleinere Städte, z. B. Meissen, wo Professor Biedermann aus Leipzig gewählt worden ist, machen hiervon eine Ausnahme. Der Landtag ist auf den 30. Oktober einberufen; ich will ihm aber heute noch kein Prognostikon stellen, sondern vorerst das Bekanntwerden weiterer Wahlresultate abwarten. **Schaffrath** hat, seit die Professoren **Roßmäßler** und **Wigard** zur Untersuchung gezogen wurden, zum zweiten Male, wie ich Ihnen früher gemeldet, die Flucht ergriffen und wird heute wiederum steckbrieflich verfolgt.

## Oesterreich.

* **Breslau**, 23. Oktober. Die neueste Wiener Post ist ausgeblieben.

---

L. **Krakau**, 21. Okt. [Die russischen Offiziere. — Errichtung der Gensdarmerie.] Ein Theil des **Grabbeschen Corps** ist bereits angelangt. Die Straßen wimmeln von russischen Soldaten, die sich jetzt noch mehr Exzesse erlauben, als früher, da sie durch die errungenen Siege über österreichische Truppen, wie sie sagen, übermüthig sind und nun es zum Abmarsche geht, die Disziplin vielleicht etwas schlaffer geworden. Auch die Herren **russischen Offiziere** geben uns leider, was sehr zu bedauern ist, durch ihr Benehmen einen schlechten Begriff von dem Bildungsgrade der höheren Gesellschaftsklassen Rußlands, denen sie doch der Mehrzahl nach angehören. Es ist kein seltener Fall, daß sie in irgend einem Laden, wo sie betrogen zu sein glauben, lebhafte Debatten erheben und sich Ausdrücke sowohl als Handlungen erlauben, die bei Personen von Erziehung sonst nicht erwartet werden. Auch ist es, soviel mir bekannt, in Rußland nicht Sitte, in den Theatern zu rauchen, ja es wird dort mehr als in irgend einem europäischen Lande in den Schauspielhäusern auf die strenge Beobachtung gewisser Anstandsregeln gehalten. Die russischen Offiziere scheinen also Krakau als feindlichen Boden zu betrachten, wo man keine besonderen Rücksichten zu nehmen braucht, wenn sie mit den brennenden Cigarren ins Theater kommen und ruhig weiter rauchen. Doch von ruhigem Verhalten ist durchaus keine Rede, denn die Konversation wird während des Stückes ungestört fortgesetzt und von einer Loge in die gegenüberliegende sich zugerufen, ohne das Publikum nur im geringsten zu berücksichtigen. In Folge dieses eben nicht ritterlichen Benehmens unserer ritterlichen Helfer wird das Theater von Damen fast gar nicht mehr besucht. Wir werden freilich unsere russischen Gäste nicht lange mehr zu beherbergen haben, denn der General-Lieutenant **Grabbe**, der sich jetzt persönlich hier aufhält, verläßt in diesen Tagen noch die Stadt und binnen zwei Wochen höchstens sollen alle russischen Truppen das Land räumen, bis auf die **Verwundeten**, die in ziemlich starker Zahl **aus Ungarn** anlangen und in den hiesigen Spitälern für einige Zeit untergebracht werden. Nach den schönen russischen **Imperialen** der Offiziere, die dem hiesigen Handel einen, wenn auch nur momentanen Aufschwung gegeben, wird man sich freilich sehnen, da man sie dem koursirenden Papiergelde vorzog, doch die Russen selbst wird man ohne einen einzigen Seufzer ziehen sehen. Blos des General-Lieutenants **Sobolew**, des General-Polizeimeisters der aktiven Armee und einiger höheren Offiziere, die

sich hier den ganzen Sommer hindurch aufhielten und als zur Administration gehörig mit den Bewohnern vielfach verkehrten, wie des Obersten Lescheren und Anderer wird man sich hier immer mit lebhafter Dankbarkeit erinnern. Sie allein waren es, welche uns Achtung einflößten und die den ehrenhaften Ruf des russ. Offiziercorps wieder zur Geltung brachten. — Doch kaum ist die ungarische Insurrektion gestillt, kaum sind die Helfer in der Noth auf dem Punkte, uns zu verlassen, als wir schon einer andern Befürchtung Raum geben, die um so unangenehmer, als sie, einmal zur That geworden, eine lange Dauer verspricht. Ich meine die zu erwartende **Errichtung der Gensdarmerie**, welche jedenfalls für Galizien eher eine Plage als eine Wohlthat zu werden die Aussicht hat, wenn die bekannten Dienstesvorschriften für dieselbe auch bei uns in Anwendung kommen und wenn nicht bei der Anstellung derselben für Galizien eine um so strengere Prüfung vorgenommen wird. Unser Land ist in der Gesittung, in der Civilisation sehr weit zurück, Konflikte aller Art mit den subalternen Beamten und dem Polizeipersonale kommen daher hier häufiger als überall vor, obgleich deswegen die Bevölkerung nicht weniger gut gesinnt ist. Diese unseligen Konflikte sind leider nur zu oft Folgen der mangelhaften Erziehung, der völligen Unkenntniß der ersten Rechtsbegriffe. Alles dies würde bei der den Gensdarmen eingeräumten bedeutenden Gewalt zu sehr unangenehmen Resultaten führen, wenn diese nicht bei uns wenigstens schon einen bedeutenden Bildungsgrad mit der Kenntniß der Landessprache verbände, was eben die Wahl höchst schwierig machen würde. „Der Gensd'arm," heißt es, „soll den Gutgesinnten Schutz und Rathgeber, den Schlechtgesinnten ein Schrecken sein." Gehört aber nicht schon eine sehr bedeutende Menschenkenntniß dazu, diese Distinktion ohne Irrung anzustellen, und eine erprobte, durch Kenntniß garantirte Redlichkeit dazu, absichtlich keine Irrung sich zu Schulden kommen zu lassen? Ist der Fremde zum Beispiele nicht etwas belästigt, wenn es jedem Gensd'armen freisteht, den Paß nicht nur durchzusehen, sondern sich von der Identität der Person zu überzeugen, was natürlich den Gensd'arm berechtigt, zur besseren Beaugenscheinigung jeden ihm verdächtig scheinenden Fremden auf die Polizei zu bringen. Ich erlaube mir hier diese Bemerkungen, ohne nur einen Augenblick daran zu zweifeln, daß unsere Regierung, da sie einmal die Nothwendigkeit eines solchen Institutes eingesehen, gewiß bei der Auswahl skrupulös zu Werke gehen werde. Es ist aber hier vorzüglich darum zu thun, auf die unendliche Vorsicht aufmerksam zu machen, die bei der Anstellung der Gensd'armerie für Galizien beobachtet werden muß, da bei den eigenthümlichen Verhältnissen dieses Landes unangenehme Konflikte am leichtesten hervorgebracht, und die Bevölkerung nicht immer, wenigstens nicht bewußt, die Schuld tragen wird.

## Frankreich.

× **Paris**, 19. Oktbr. [National-Versammlung. — Die türkische Angelegenheit. — Aus Neapel.] Der Wind scheint heute wieder gewechselt zu haben. Alle Welt versichert, daß der Präsident der Republik über die schwache Haltung Tocqueville's auf der Tribüne und seine zweifelhafte Zustimmung zu dem Schreiben vom 18ten August sehr erbittert sei, und wie es heißt, wird Od. **Barrot** die für den Moniteur bestimmt gewesene Note morgen von der Tribüne herab verlesen. Ja man geht schon so weit zu behaupten, daß Tocqueville seine Demission erhalten und Dufaure mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt sei. Etwas Wahres mag wohl an den Gerüchten sein, da das Organ des Elysée, der 10. Dezember, sich heute in heftigen Ausdrücken gegen den Minister des Auswärtigen erklärt; allein es ist trotzdem mehr als wahrscheinlich, daß keines von den Gerüchten zur Wahrheit werden wird. — Die Debatte über die römische Frage ist heute in der Nationalversammlung fortgesetzt worden, und nachdem de la Rosière (von der Rechten) seine gestern begonnene Rede vollendet, erhielt **Cavaignac** außer der Reihe das Wort, und er setzte auseinander, daß die Politik des gegenwärtigen Gouvernements keineswegs die Fortsetzung seiner eigenen sei, was er mit mehren diplomatischen Aktenstücken belegte. Der frühere Chef der Exekutivgewalt gab seine volle Zustimmung zu dem Schreiben des Präsidenten vom 18ten August und schloß dann mit den Worten: „Es ist eine bedauernswerthe Situation, in die uns die Politik des Kabinets versetzt hat, und ich erkläre laut, daß das Programm des Ministeriums, das ich gestern hier vernommen, nicht der Art ist, daß ich mich entschließen könnte, für den verlangten Credit zu stimmen." — Dem General Cavaignac folgte **Victor Hugo** und ihm allein gebührt der Preis der heutigen Sitzung. Seine gewaltige Rede hat einen tiefen Eindruck auf Freund und Feind gemacht. Es war nicht der Fehler des Redners, sondern der verhandelten Frage, wenn ihm der Beifall von dem Berge zu Theil geworden ist. Uebrigens kannn man nicht sagen, daß V. Hugo den Beifall von irgend einer Seite gesucht hat, denn er sagte beiden Seiten des Hauses die Wahrheit. Die Bataillone vermögen nichts gegen die Dogmen, bemerkte er der Linken, und auch nichts gegen die Ideen, setzte er hinzu, indem er sich der Rechten zuwandte. In energischen Ausdrücken eiferte der Redner gegen die Grausamkeiten **Oesterreichs**. „Oesterreich wird auf Rom marschiren und dort so verfahren, wie es in Mailand gethan hat. Das, m. H., war das Motiv für die römische Expedition. Der Conseils-Präsident rief damals: Frankreich muß nach Rom gehen, um die Freiheit und italienische Unabhängigkeit zu retten, und General **Lamoricière** fügte hinzu: Wenn wir die Republik nicht retten, so retten wir zum wenigsten die Freiheit! — Und dieses Motivs willen hat die konstituirende Versammlung die Expedition nach Rom votirt, denn es sollte nicht gesagt werden, das Frankreich zurückgeblieben sei, wenn es das Interesse seiner Ehre und das der Menschheit gerufen hat, und daß es Oesterreich ganz freie Hand gelassen, das niemals unterläßt, seine Siege durch Unwürdigkeiten aller Art zu beflecken. Wenn ich diese Worte des Tadels ausgesprochen habe, m. H., so ist es, weil die französische Tribüne nicht schweigen darf, wenn die englische gesprochen hat, und ich wünschte, daß meine Stimme auf dieser Tribüne einen europäischen Wiederhall hervorbrächte, der die blutige Rache, die Füsilladen in Masse, die für die Heldenseelen errichteten Galgen, die den Frauen gegebenen Bastonaden auf ewige Zeiten brandmarken möchte! Ja, Generäle, Minister, Verwalter, Alle möchte ich sie an den Pranger von Europa stellen, und mit allen Kräften meiner Seele will ich die Radetzky und Haynau brandmarken, die, indem sie der heiligen Sache der Civilisation zu dienen behaupten, ihr den verabscheuungswerthen Schimpf anthun, ihr mit den Mitteln der Barbarei zu dienen." — Der Redner ging sodann auf die gegenwärtige Lage der Dinge über und fragte die Versammlung, ob der Zweck der Expedition erreicht sei, wenn man sich in der Lage befindet, entweder Rom ewig besetzt zu halten, oder die Stadt einer neuen Revolution zu überlassen, welche bald ausbrechen würde, wenn nur die Franzosen ausmarschirt sein würden. „Es ist nicht möglich, — so schloß er seine Rede, — daß Frankreich das motuproprio und die Amnestie der Kardinäle annehme, denn das hieße Frankreich von der Hand ohrfeigen lassen, die es segnen sollte! Es ist nicht möglich, daß Frankreich eines der heiligsten und größten Dinge der Welt verpfändet, seine Fahne und seine moralische Verantwortlichkeit vor den Nationen, daß es sein Geld verschwendet, das Blut seiner Soldaten vergossen, und das Alles für **Nichts** gethan hätte!.. Doch ich täusche mich, für die **Schande**! Das ist nicht möglich!" — Eine große und anhaltende Aufregung folgte dieser Rede und die Sitzung mußte suspendirt werden. Nach Wiedereröffnung derselben bestieg Hr. **Montalembert** die Tribüne, um **V. Hugo** zu widerlegen. Das Erscheinen dieses Redners auf der Tribüne gab das Signal zu einem der heftigsten Stürme, die in den parlamentarischen Annalen vorgezeichnet sind. Der katholische Redner schien übrigens die Explosion zu suchen, indem er gleich damit begann, „daß der Redner, der eben auf der Tribüne gewesen, seinen Lohn oder vielmehr seine Züchtigung schon erhalten habe in den Beifallsbezeugungen, die ihm von der Linken zu Theil geworden sind." — Wüthendes Geschrei und Invectiven aller Art waren die Antwort des Berges auf diesen persönlichen Angriff. Die Sitzung mußte wieder suspendirt werden, und der Tumult in dem Zwischenakte war so lärmend, daß man die Worte des Präsidenten **Dupin** nicht vernehmen konnte, der dem Redner bemerkte, daß seine Phrase unparlamentarisch wäre. Hr. v. Montalembert erklärte, daß er das Wort „Züchtigung" zurückziehe, aber das Wort „Lohn" beibehalte, was allerdings in seinem Munde zweideutig genug klang. Trotzdem konnte der Redner nicht unterlassen hinzuzufügen, daß die Zukunft die Züchtigung für Hrn. V. Hugo aufbewahre, was ihm aufs neue den Zorn des Berges und eine zweite Ermahnung des Präsidenten zuzog. Die Rede Montalemberts war im Ganzen sehr geschickt gehalten, und zeichnete sich zum Schlusse durch wahrhaft große Züge aus, die, wie sich von selbst versteht, den stürmischen Beifall der Rechten erhielten. V. Hugo stürzte nach dieser Rede auf die Tribüne, um eine persönliche Bemerkung gegen Montalembert zu machen. Die Sitzung wurde jedoch, wegen vorgerückter Zeit aufgehoben und die Debatte auf Morgen vertagt. — Die Kourse sind heute an der Börse in die Höhe gegangen, weil man wissen wollte, daß der türkische Konflikt ausgeglichen wäre. Ein Theil der ungarischen Flüchtlinge soll Päße nach England erhalten und ein Theil nach Kandia geschafft werden. — Sämmtliche Korrespondenzen aus **Neapel** sprechen mit Entrüstung von den zahllosen Verhaftungen, die dort vorkommen. Die Verhaftungswuth, melden sie, ist zur wahrhaften Manie geworden. Der Prinz von St. Jacques, ein persönlicher Freund des Königs und des russischen Gesandten, ist trotz der Intervention des Diplomaten und des Souveräns selbst auf Befehl des Ministers versetzt worden. **Pierre Feretti**, früher Minister und Cousin des Papstes, entging der Verhaftung nur dadurch, daß er sich auf ein englisches Schiff rettete. — Die Stadt soll in Belagerungszustand gesetzt werden. Es herrscht ein solcher Schrecken daselbst, daß man kaum auszugehen wagt. Viele Läden sind geschlossen. Alle Männer von Bedeutung, die nur jemals eine Sympathie für liberale Ideen gezeigt haben, beeilen sich zu entfliehen, da sie das Schicksal kennen, das sie erwartet. Niemand erklärt sich diese unerwarteten und unmotivirten Gewaltmaßregeln.

× **Paris**, 20. Oktober. [Schluß der Debatte über die römische Angelegenheit. — Aus Rom und Turin.] Die drohende Ministerkrisis ist glücklich vorübergegangen, die Debatte über die römische Angelegenheit geschlossen! — Das Ihnen gestern mitgetheilte Gerücht von der Entrüstung des Präsidenten über die Rede des Ministers Tocqueville war nicht unbegründet. Der Präsident der Republik hatte in der That geäußert, daß ein Ministerium, dessen Mitglieder so wenig Rücksicht auf seine Politik und seine Person nehmen, nicht lange in der Regierung verbleiben könne. Das Gerücht, daß das Kabinet bedroht sei, setzte alsbald alle Ehrgeizigen in Bewegung, und die Minister-Listen fingen an zu zirkuliren. Die gemäßigte Partei war in großer Aufregung und machte gestern Abend einen letzten Versuch bei Louis Napoleon. **Daru**, ein ernster, ruhiger und bedächtiger Mann, wurde mit der Führung des Worts beauftragt. Es fand ein heftiges Gespräch zwischen dem Präsidenten und Daru statt, da sich der letztere namentlich gegen V. Hugo aussprach, der von dem Präsidenten vertheidigt wurde. Daru soll beim Fortgehen aus dem Elysée gesagt haben: „Es ist der personifizirte Eigensinn!" — Endlich soll der Besuch von Od. **Barrot** am heutigen Morgen den Präsidenten ruhiger und zum Nachgeben bestimmt haben. Od. Barrot war es auch, der heute das Hauptwort in der National-Versammlung führte und die Meinungen zu versöhnen suchte. Die eigentliche Debatte war nach den denkwürdigen Reden der gestrigen Sitzung so gut wie geschlossen. Od. Barrot beruhigte anfänglich die Gemüther mit vielem Talent und schläferte sie später durch gränzenlose Länge ein. Der Inhalt seiner Rede war nur eine geschickte Ausführung der Theorie Tocqueville's. Es waren mehrere Tagesordnungen eingebracht. Die von V. Hugo lautete: „Indem die National-Versammlung für die Freiheit und und die Rechte des römischen Volkes, die in dem Schreiben des Präsidenten der Republik enthaltenen Principien adoptirt, schließt sie die Debatte." — Eine andere Tagesordnung beantragte Verweigerung der Subsidien, bis dem römischen Volke seine Souverainetät zurückgegeben sein werde. Noch eine andere endlich vertraute ganz und gar und ohne jede Bedingung dem Papste. Allein Od. Barrot erklärte, keine Tagesordnung anzunehmen, die die Majorität spalten würde. **Die Abstimmung ergab eine Majorität von 469 St. gegen 180 für die Bewilligung des vom Ministerium zur Deckung der Expeditionskosten beantragten Kredits nach dem Antrage der Kommission**, und das Ministerium schien nach der Abstimmung mit Sack und Pack in das Lager der Rechten überzugehen. — Die Majorität der Kammer ist sonach dem Thiersschen Berichte beigetreten, ohne daß Thiers selbst in die Debatte nur einmal das Wort ergriffen hatte. Diese Majorität schien sich übrigens mit dem Schlusse der Debatte zu beeilen, da der Präsident der Republik bis auf den letzten Augenblick noch immer Lust hatte, das Ministerium zur Opposition gegen die Rechte zu drängen. Eine andere Frage ist es, ob Alles nunmehr auch als beendigt anzusehen ist. Die Zukunft wird es lehren. Der Kampf zwischen dieser Majorität und dem tiers-parti des Kabinets wird schwerlich lange auf sich warten lassen. — E. **Leroux** hat den Kommissionsbericht über den Antrag auf Zurückberufung der exilirten fürstlichen Familien eingereicht. Die Kommission adoptirt das Prinzip, spricht sich aber aus Nützlichkeitsgründen für unbestimme Vertagung aus. — Die neuesten Nachrichten aus **Rom** sprechen von der baldigen Rückkehr des Papstes. Wie es heißt, wollte er nur die Zustimmung der französischen Nationalversammlung zu dem Motuproprio abwarten. — Aus **Turin** wird gemeldet, daß der Minister-Präsident **Pinelli** seine Demission eingereicht habe und diese von dem Könige auch angenommen worden sei.

## Großbritannien.

**London**, 18. Oktober. [Rüstungen.] Die United Service Gazette sagt: „Die jüngsten Nachrichten aus Konstantinopel und die kriegerische Haltung Rußlands und Oesterreichs haben in unseren Kriegshäfen eine Thätigkeit hervorgerufen, von der sie lange keine Zeugen waren; dennoch scheinen sie uns noch nicht die Ausdehnung zu haben, welche mit der Wichtigkeit der Angelegenheit und mit dem Charakter der drohenden Bewegung von Seiten Rußlands und Oesterreichs gegen die Türkei in Uebereinstimmung stehen. Die Bewegungen bestehen jetzt noch hauptsächlich im Vorbereiten und Vertheilen, im Untersuchen derselben und der Kriegsdampfschiffe, aber bis zur Bemannung derselben ist es noch nicht gekommen." Die genannte

Zeitung verlangt, daß sofort eine Flotte von 5 Linienschiffen mit der gehörigen Anzahl von anderen Schiffen und Kriegsdampfschiffen ausgerüstet und zu einem Kreuzzuge nach der Nordsee entsendet werde. Der Morning Herald meldet, daß Admiral Parker am 4. d. M. mit 5 Linienschiffen, einer Fregatte, 3 Dampfschiffen und mehreren kleineren Fahrzeugen von Korfu nach Athen abgegangen sei, theils um der Piraterie zu steuern, theils um den Dardanellen näher zu sein. Einer Anzeige der Admiralität zufolge, sind zwei Linienschiffe, „Superb" und „La Hogue," nach der Einfahrt in den Kanal beordert worden, um die durch den ungünstigen Wind zurückgehaltenen Kauffahrer mit Lebensmitteln und Wasser zu versehen. Früher pflegten zu diesem Zwecke nur kleine Dampfschiffe verwendet zu werden. In Portsmouth ist außerdem der Befehl eingegangen, das Linienschiff „Ganges" für den Seedienst zu verproviantiren.

## Lokales und Provinzielles.

**Breslau,** im Oktober. Das Amtsblatt (Nr. 43) enthält folgende Bekanntmachung: „Es zirkuliren in der Provinz Schlesien österreichische Sechskreuzerstücke mit der Prägung der Jahre 1848 und 1849 in nicht unbedeutender Menge und dieselben sollen in dem gewöhnlichen Verkehre zu dem Werthe von 2 Silbergroschen angenommen werden, während sie einen so hohen Werth keinesweges haben. — Nach der Bekanntmachung der kaiserl. königl. niederösterreichischen Landesregierung d. d. Wien den 18. September 1848, besteht nämlich der innere Werth dieser Scheidemünze darin, daß bei den Sechskreuzerstücken, welche die Jahreszahl 1848 tragen und von welchen 288 Stück eine feine Wiener Mark Silber enthalten, aus der feinen Wiener Mark 28 Floren 48 Kreuzer ausgemünzt werden. Der Werth ist nach preußischem Gelde ungefähr 1 Sgr. 11 Pf. Viel geringhaltiger ist der Werth derjenigen Sechskreuzerstücke, welche die Prägung von 1849 tragen. Von diesen enthalten nämlich erst 336 Stück eine feine Wiener Mark, und die letztere wird nach der Bekanntmachung, d. d. Wien, den 3. Juni 1849 zu 33 Fl. 36 Kr. ausgemünzt. Nach preußischem Gelde ist daher ein Sechskreuzerstück aus der Prägung des Jahres 1849 nur etwa 1 Sgr. 5 Pf. werth. — Ich halte mich verpflichtet, das Publikum auf diesen wahren Gehalt der österreichischen Sechskreuzerstücke hierdurch aufmerksam zu machen, damit Jedermann sich vor Verlusten zu bewahren im Stande ist. — Breslau, den 14. Oktober 1849. — Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien. — In Vertretung: v. Kottwitz.

§ **Breslau,** 23. Okt. [Constitutionelle Ressource.] Den Mitgliedern wurde gestern beim Eintritt in das Versammlungslokal ein gedrucktes Verzeichniß derjenigen Candidaten übergeben, welche vom zeitigen Vorstande für die zu treffende Neuwahl empfohlen werden. Ueber den Wahlmodus einigte man sich nach einer ziemlich langwierigen Debatte endlich dahin, daß die Vorschlagslisten als Wahlzettel dienen sollen, auf welchen die neu zu erwählenden Mitglieder des Vorstandes durch Unterstreichung ihrer Namen kenntlich zu machen sind. Die dergestalt gefertigten Wahlzettel sollen in der nächsten Zusammenkunft eingeliefert werden. Eine Reihe von Vorwürfen, welche auf das Fest-Comité wegen seiner Anordnungen zum 15. Oktober gehäuft wurden, veranlaßten den Vorsitzenden, Hrn. Appellationsgerichts-Rath Greiff zu einer Rechtfertigung des besagten Comité's. Nicht die mangelhaften Vorkehrungen, welche von dieser Seite getroffen wurden, sondern die maßlosen Ansprüche des Publikums seien Ursache der ungeheuren Ueberfüllung des Saales gewesen. Ohne daß irgend eine Controle möglich war, stürmte die Menge, unter ihr eine große Anzahl Leute, die der Ressource gar nicht angehören, das Festlokal. Auch führten einzelne Mitglieder, den Statuten zuwider, nicht zu ihrer Familie gehörige Gäste ein. Solcher Mißbrauch war nicht vorauszusehen, die Folgen desselben dürften daher nur den eigentlichen Urhebern zugeschrieben werden. Hierauf wiederlegte der Redner noch viele andere eben so kleinliche als ungerechte gegen das Comité geäußerte Beschuldigungen. Zwei Fragen, welche in der vorigen Sitzung nicht beantwortet wurden, fanden gestern ihre Erledigung. Die erste betraf die Eröffnungszeit der Versammlung und enthielt den Wunsch, dieselbe möge um 6 Uhr anberaumt werden. Es blieb beim Alten. Eben so wurde ein anderer Antrag verworfen, nach welchem der Sitzungsabend auf einen anderen Tag der Woche zu verlegen wäre. Eine von Herrn Voigt gestellte Frage, ob es nicht wünschenswerth sei, daß der Vorstand von allen an ihn gelangenden und in seiner Mitte berathenen Angelegenheiten allwöchentlich in dem Plenum der Versammlung Bericht erstatte, — wurde fast einstimmig verneint. Hierauf trat eine halbstündige Pause ein, während welcher Lieutenant v. Jaski den bekannten Rugeschen Aufsatz über die stehenden Heere des Kontinents zur Erheiterung der Gesellschaft vorlas. Aus dem Fragekasten, welcher diesmal sehr ergiebig war, fanden nachstehende Fragen eine ausführliche Besprechung. Wäre es nicht angemessen, den 8. November, als den Tag, an welchem das Ministerium Brandenburg sein Amt angetreten, feierlich zu begehen? Mehrere Redner erklärten sich aus finanziellen Rücksichten dagegen. Der Vorsitzende findet den Tag allerdings der Feier würdig, da an ihm die Retter des Vaterlandes die Geschäfte der Regierung übernommen; doch könnte man sich ja anderweiten Festlichkeiten, welche zu dem gedachten Zwecke veranstaltet würden, anschließen. Hiermit erklärte sich auch die Versammlung einverstanden. — Wodurch ist ein gewisser aristokratischer Ton zu verbannen, welcher in den Zusammenkünften immer mehr vorherrschend wird, und wie könnte dem desfallsigen Ausscheiden der Handwerker vorgebeugt werden? so lautete etwa eine andere Frage. An diese schloß sich wieder eine andere desselben Inhalts: Ist es wahr, daß wöchentlich gegen 30 Handwerker als Mitglieder in der städtischen Ressource angemeldet werden, während eine eben so große Anzahl aus der konstitutionellen zu scheiden im Begriff sind? Die Antwort bestand in Vorschlägen zur Theilung der Gesellschaft, Vermehrung der Concertabende u. s. w.; dieselben wurden als Anträge auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Der „Reaktionär", eine Brochüre des Grafen Valerian Pfeil, gab zu der Frage Veranlassung, ob es nicht Pflicht der Staatsanwaltschaft sei, wegen der in dem gedachten Pamphlet enthaltenen Aufforderung zum Umsturz der Verfassung gegen den Autor die Anklage auf Hochverrath zu erheben? An einer anderen Stelle derselben Schrift heißt es: Ein konstitutioneller König ist kein König. Ließe sich nicht hierauf die Anklage der Majestätsbeleidigung gründen? Hr. Oettinger will, daß das Recht der Preßfreiheit nicht durch Denunziationen verkümmert werde. — Sehr flüchtig wurde über folgende Fragen hinweggegangen: 1) Was ist ein Reaktionär? 2) Ist es an der Zeit, sich dem konstitutionellen Central-Verein anzuschließen? 3) Worein ist das Wesen der konstitutionellen Staatsverfassung zu setzen? Ueber den letzten Punkt nahm Herr Justizrath Plathner das Wort, um nachzuweisen, wie der konstitutionelle sich einerseits vom Ständestaat, andrerseits vom absoluten Staat unterscheide.

† **Breslau,** 23. Oktober. [Polizeiliche Nachr.] Am 18. d. war eine Frau, deren zwei Kinder und eine bei ihr wohnende Frau in einer Stube in dem Hause Nr. 3 in der Gräbschner Straße nahe daran, dem Erstickungstode durch Kohlendunst zu erliegen, doch wurden alle vier Personen noch zeitig genug davon errettet. Die diesfällige Untersuchung hat ergeben, daß der Ofen unzweckmäßig konstruirt und das in den Schornstein führende eiserne Rohr übermäßig lang sei, so daß der sich im Ofen entwickelnde Kohlendunst nicht gehörig abgeleitet werden konnte.

Am 22. d., Abends nach 10 Uhr, sprang ein Mann in Gegenwart seiner Frau und anderer Personen von der Dombrücke in die Oder und ertrank. Die Ursache seines Selbstmordes scheint der ungünstige Ausgang einer Rechtssache zu sein, in welche er mit einem Beamten gerathen ist.

Am 20. d., Vormittags, wurde aus einer aufsichtslos gelassenen Stube in dem Hause Nr. 8 am Ritterplatz ein Mantel von braunem Tuch, 23 Rthlr. an Werth, gestohlen.

Am nemlichen Tage wurde aus der mittelst Nachschlüssel geöffneten Stube in dem Hause Nr. 67 in der Nikolaistraße zwei silberne Taschenuhren und 12 Rtl. in Courant entwendet.

Am 21. kam in eine Wohnstube in dem Hause Nr. 36 in der Schweidnitzer Straße ein Mann von kleiner Statur mit langen blonden Haaren und bekleidet mit braunem Rock, grauen Tuchbeinkleidern und grauer Weste, und verlangte von dem anwesenden Dienstmädchen Feder und Dinte, bei welcher Gelegenheit er eine goldene Taschenuhr mit kleinen Diamanten besetzt, an sich brachte und dann entfernte.

† **Schweidnitz,** 21. Okt. [Garnison-Wechsel.] So eben verbreitet sich die Nachricht, daß uns abermals ein Garnisonwechsel bevorsteht. Das 2. Bataillon 23. Infanterie-Regiments, welches erst seit dem 13. vorigen Monats hier steht, soll schon in Kurzem uns wieder verlassen; und zwar 2 Kompagnien nach Neisse, eine nach Kosel und eine nach Brieg marschiren. Als Ersatz dafür nennt man das Füsilier-Bataillon des 7. Regiments, dessen beide Musketier-Bataillone an Stelle der Zehner nach Breslau kommen sollen. Obgleich hier die Meinung herrscht, daß das oben erwähnte Bataillon sich hier nicht gefalle, so glaube ich doch mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß dem nicht mehr so sei, und das Bataillon jetzt schon Schweidnitz so ungern verlassen würde, als es vor 6 Wochen die zur Ruhe und Ordnung zurückgekehrte Hauptstadt verließ, nachdem es daselbst die bösen und unruhigen Tage der Anarchie und Epidemie gekostet hatte. — Der Schnee in den Bergen ist wieder verschwunden und wir haben das schönste warme Wetter. Hunderte von Spaziergängern strömen aus den Thoren, um so recht mit vollen Zügen die reine gesunde Luft einzuathmen. — Der Eingang am Niederthore hat durch das Abtragen des Thurmes sehr gewonnen, denn dieser alte Thurm war kein Denkmal der Baukunst und keine Zierde der Stadt.

**Reichenbach,** 19. Oktober. [Ueberfall. Fälschung.] Vorgestern Abend wurden zwei Knechte eines Kunzendorfer Müllers auf der Straße von Langenbielau nach Peterswaldau von einem Müllergesellen Eichner, welcher den einen derselben bat, ihn mitfahren zu lassen, auf dem Wagen rücklings überfallen, und dem einen mit einer Doppelflinte ein Schuß in die Brust beigebracht, so daß derselbe bereits in Folge davon gestorben ist. Der Thatbestand wurde Seitens des Gerichts festgestellt und gegen den Eichner der Verhaftsbefehl erlassen. (Eichner ist schon festgenommen und verhört worden.) — In diesen Tagen wurden zwei Verfertiger falscher Darlehnskassenscheine in Költschen entdeckt, verhaftet und die vorhandenen Platten sowie die vorräthigen sehr sauber gearbeiteten und täuschend nachgemachten Darlehnskassenscheine in Beschlag genommen. (Wanderer.)

* **Aus der Grafschaft Glaz,** 14. Okt. [Rundschau.] Die Cholera hat in Glaz, wie der ganzen Grafschaft, leider eine sehr erfolgreiche Anstands-Visite gemacht. Vom 28. Juli, wo die ersten Erkrankungen vorfielen, bis zu Ende Septembers, sind von der verlarvten Henkerin zahlreiche Opfer gefordert worden, und, wie man hört, soll sie im Augenblick besonders großartig in Neurode residiren. — Erfreulich ist die Nachricht, daß der längst projektirte Bau einer Chaussee von Neurode nach dem böhmischen Gränzstädtchen Braunau nun wirklich beginnen wird. Die Grafschaft ist nicht arm an guten Straßen; aber mit der ganzen zähen Indolenz früherer Jahrhunderte hat sich eine der schlechtesten und gefährlichsten Straßen zur Verbindung mit dem Nachbarlande im Thale der Steina behauptet, wo eine gute Chaussee nöthiger als anderswo gewesen wäre. Nach Wünschelburg, an die Heuscheuer oder nach Braunau führt von Neurode aus der Weg zuerst durch das Thal der Walditz, wobei dieser reißende Gebirgsfluß siebenmal, wie die Steina dann noch zweimal, durchfahren werden muß. Dies ist bei hohem Wasserstande so gefährlich, daß jeder Reisende auf dieser frequenten Passage mit Vergnügen das Chausseegeld zahlen würde, während man selbst bei seichtem Gewässer für eine Nachtfahrt jetzt eine Meile Umweg nicht scheut, um so viel als möglich Chaussee benutzen zu können. — Im vergangenen Sommer sind Albendorf und die nahe Heuscheuer — die Gnadenkirche und die erhabene Naturkirche — wohl häufiger als je besucht worden. Selbst aus Italien sollen Wallfahrtsschaaren nach unserm gläzischen Jerusalem gezogen sein, um die heilige Jungfrau zur Abnahme des schweren politischen Kreuzes anzuflehen, an welchem ihr Vaterland leidet. Für die Heuscheuer, das Kabinetstück der Grafschaft, die ich nach 20 Jahren zum ersten Male wieder besuchte, ist in neuerer Zeit ungemein viel geschehen. Eine steinerne Riesentreppe führt gerade auf die interessante Anhöhe mit ihren merkwürdigen grotesken Felsgebilden und Klüften und ihren entzückenden Fernsichten. Das Schweizerhäuschen gewährt gute und für einen solchen Punkt nicht allzu theure Bewirthung, und beinahe wie auf der Bastei in der sächsischen Schweiz entwickelt sich hier ein comfortables Gasthausleben. Der Pächter Pavel, der alte Schulze von Karlsberg, der sich ganz großartig den „Erfinder der Heuscheuer" nennt, dient noch immer als rüstiger Führer. Wäre die Grenze nicht jetzt so hermetisch abgesperrt, würde die Heuscheuer an dem wunderbaren Felsentheater von Weckelsdorf einen so bedeutenden Rival haben, wie Adersbach schon hat. Denn die dortigen berühmten Naturwunder sind, wie ich mich durch einen Besuch selbst überzeugte, wirklich eine bloße Vorstudie zu dem grotesken Thale von Weckelsdorf zu nennen, dem gleichsam neu entdeckten Brennpunkte für die Reiselust, wo der Grundbesitzer, Graf Rummerskirchen, in diesem Frühlinge mit größter Sorgfalt die in ihrer Art einzigen Felsenhallen so bequem zugänglich als möglich machte. — Zu dieser kleinen Rundschau noch ein Schlußwort über Glaz, die Hauptstadt unsers Ländchens, das schlesische Luxemburg. Es herrscht hier, wie im Allgemeinen bemerklich, ein ruhiges, wenn auch nicht geselliges Verhältniß zwischen Civil und Militair, und man hört Nichts von so traurigen Konflikten, Nichts von militairischen Excessen, wie sie die Zeitungen aus andern Garnisonstädten Preußens und Deutschlands berichten. — In den städtischen Angelegenheiten handelt es sich um die Wahl eines neuen Bürgermeisters, nachdem seit längerer Zeit das Amt desselben durch den Kämmerer interimistisch zu großer Zufriedenheit der Kommune verwaltet wurde. Man zögerte bisher mit der Wahl, weil die Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung bevorstand; indessen haben die meisten Stimmen und mit Recht den überaus thätigen, umsichtigen und humanen Kämmerer Koch für das Bürgermeister-Amt bezeichnet, und seine Wahl würde gewiß eine sehr glückliche sein, wenn nur der von ihm bisher verwaltete Posten eben so passend wieder besetzt werden könnte. Der Gehalt soll, nach der Meinung der Ersparnißmänner, nur 600 Rthlr. betragen. Das ist offenbar zu wenig für einen tüchtigen Bürgermeister von Glaz!! — Seit einigen Wochen erfreut uns die brave Gesellschaft des Herrn Heinisch im Theater mit guten und größtentheils vielbesuchten Vorstellungen. Frau Heinisch und der Komiker Herr Brenk sind die hervorragendsten Glieder der Gesellschaft. Recht anerkennenswerth sind übrigens Frau v. Wegern und Herr Schubert.

### Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 7. bis 13. Oktbr. d. J. 12009 Personen und 39020 Rtlr. 19 Sg. 5 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

# Inserate.

## Bekanntmachung.

Nach der allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 22. Juni 1823 und 30. November 1829 ist das Einbringen und Ausgeben fremder Silber-Scheidemünze bei Vermeidung der Konfiskation und fremder Kupfer-Scheidemünze bei Vermeidung der Konfiskation und außerdem der Zahlung des doppelten Nennwerthes verboten. Die unterzeichnete Behörde sieht sich daher veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß die in neuerer Zeit mehrfach eingebrachten österreichischen Sechskreuzerstücke als eine fremde Silber-Scheidemünze im Tausche und gemeinen Verkehre weder angenommen noch ausgegeben werden dürfen, und wo sie hierbei angetroffen werden, der Konfiskation unterliegen.

Breslau, den 18. Oktober 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Kehler.

## Stadtverordneten-Versammlung am 25. Oktober.

Verzeichniß der wichtigeren Vorlagen:

1. Verpachtung des kleinen Heringskellers unter dem Leinwandhause.
2. Wahl eines neuen Vorstehers für den Matthias-Bezirk.
3. Bewilligung von Gehaltszulagen und Zuschüssen zu unzulänglichen Etatspositionen.
4. Kommissions-Gutachten über den Etat für die Schulen in dem neuen Schulhause in der Tauenzienstraße, über die zu Herrnprotsch und Peiskerwitz vorzunehmenden Wasserbauten und über die Anlagen zur Kohlenfeuerung im Krankenhospital.
5. Petition an die Kammern um Ausschließung der Anwendbarkeit des Gesetzes vom 11. Juli d. J. auf die Gemeinde-Beamten.
6. Erklärung und Rechtfertigung des Stadtraths Hrn. Ludewig, bezüglich des Artikels in der neuen Preuß. Zeitung, überschrieben: Stadt-Bank und Kirchengut.

Der Vorsteher Dr. Grätzer.

## Wissenschaftliches.

Da wie ich zuversichtlich weiß, Hr. Rabbiner Fassel nächstens hierher kommt, um das von ihm verfaßte Werk **„Tugend- und Rechtslehre, bearbeitet nach den Prinzipien des Talmuds und nach der Form der Philosophie"** hierorts zu verbreiten, so glaube ich demselben sowohl, als auch seinen hiesigen Freunden, einen Dienst zu erweisen, wenn ich über dieses genannte Werk nachstehendes Referat abgebe.

In den jüdischen Blättern ist dieses Werk beurtheilt, u. z. sehr günstig im Literaturblatt des „Orient" Nr. 6., 7, 8, 9, 10 d. J. und in Les Archives Israelites Nr. 1 l. J. In dem Sitzungsberichte der kais. Akademie der Wissenschaften zu Wien (philosophisch-historische Klasse, Jahrgang 1849 Februar-Heft) wird dieses Werk sehr hervorgehoben; u. A. sagt der Ref. Hr. Dr. Goldenthal: „Aus den verschiedenen in den talmudischen Schriften weitläufig zerstreuten Sätzen bemühet sich Hr. Rabbiner Fassel ein Moral- und Rechtssystem zusammen zu stellen, was ihm nicht nur gelang, sondern vorzüglich gelang. Streng nach den Paragraphen der philosophischen Moral- und Rechtslehre, richtete er sein Buch ein, paßte genau daran die betreffenden Stellen aus dem Talmud, und wo Consequenzen zu ziehen waren, that er es mit Gelehrsamkeit und Scharfsinn, und hämmerte so aus einzelnen Stücken ein ganzes, vollständiges Bild zusammen: **eine philosophische Moral- und Rechtslehre nach den Prinzipien des Talmuds.**" (S. 117).

Von christlichen, einen bedeutenden Namen habenden Gelehrten, haben sich bis jetzt über dieses Werk ausgesprochen, der Präsident der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Oesterreich, Hr. Dr. Baron von Hammerpurgstal, welcher sagt: „Zeitgemäßer könnte ein solches Werk unmöglich erscheinen, als in dem gegenwärtigen Zeitpunkte, wo so manche der jüd. Glaubensgenossen, als Herausgeber schlechter Blätter alle Grundsätze der Tugend- und Rechtslehre bei Seite gesetzt haben, da muß ein solches Werk die Christen überzeugen, daß die Verkehrtheit schlechter Politiker, nur denselben allein, aber nicht den im Talmud enthaltenen Prinzipien der Tugend- und Rechtslehre zur Last fällt," (Neue Zeit Nr. 78 l. J.) und der frühere Staatssekretär zu Wien, Hr. Dr. Baron v. Feuchtersleben, welcher u. A. sagt: „Diese höchst schätzbare Schrift ist ein erster Schritt in einer wissenschaftlichen Angelegenheit, welche in ihrer innern und äußern Bedeutung für die Kenntniß des geschichtlichen und wissenschaftlichen Zusammenhanges philosophisch-politisch und religiöser Entwickelungen von großer Wichtigkeit ist." (Ös. und Öst-Deutsche Post Nr. 89 l. J.)

Der englische Uebersetzer dieses Werkes, welcher es unter dem Titel: „The Ethics and Jurisprudence of the Talmud" erscheinen läßt, sagt in seiner Ankündigung:

„A work like this should therefore be made accessible not only to the Jews all over the globe, but also to the public at large" und wieder:

„We believe we may, without flattering ourselves, say, that by translating this work, we hope to render a nowise slight service to the British public in general, and to our co-religionists in particular; we know of no means, better calculated to diffuse a more correct knowledge of the Jew and his religion; and we are fully convinced that nothing is more calculated effectually to rebut the charges that are levelled against the Jew and his faith, to remove the aspersions cast upon either, and to elevate both in the estimation of the high-minded and liberal English nation."

Wo solche Stimmen für ein Werk sich erheben, benöthigt es zur Anempfehlung keiner weitern Worte.

Breslau, am 17. Oktober 1849. H....n.

---

## Theater-Nachricht.

Mittwoch. 21ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 3ten Male: **„Glück und Talent."** Schauspiel in 5 Akten von Carl Zwengsahn, Verfasser von „Peter im Frack." **(Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.)**

Donnerstag. 22ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 3ten Male: **„Gundel"**, oder: **„Die beiden Kaiser."** Komische Oper in 3 Akten, Text nach dem Französischen, Musik von Albert Ellmenreich.

## Verlobungs-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Die Verlobung unserer Tochter Helena Simon mit Herrn Heimann Weißmann zeigen wir Freunden und Verwandten hierdurch an.

Breslau, den 23. Oktober 1849.

Moritz Bernhardt.
Jeanette Bernhardt, früher verehelichte Simon.

Als Verlobte empfehlen sich:
Helena Simon.
Heimann Weißmann.

## Verlobungs-Anzeige.

(Statt jeder besondern Meldung.)

Die Verlobung meiner einzigen Tochter Marie, mit dem General-Pächter Herrn Wilde von Borne, beehre ich mich allen Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Keulendorf, den 23. Oktober 1849.

Meister.

Als Verlobte empfehlen sich:
Marie Meister.
August Wilde.

## Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich:
Mariane Caro.
Moritz Wreschner, Rabbiner.

Lublinitz, den 23. Oktober 1849.

---

Julius Schiefer, k. Kreisrichter.
Emilie Schiefer, geb. Bergst.
Neuvermählte.

P.-Wartenberg und Altona, den 16ten Oktober 1849.

---

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Ludwig Fuchs, Pastor.
Sophie Fuchs, geb. Kadenbach.

Schlichtingsheim, den 24. Oktober 1849.

## Entbindungs-Anzeige.

Die heut früh glücklich erfolgte Entbindung seiner lieben Frau Bertha, geborne von Wittich, von einem gesunden Mädchen, beehrt sich hiermit entfernten Verwandten und Freunden, statt jeder besondern Meldung, ergebenst anzuzeigen: R. Muche.

G. Jenkwitz, den 22. Oktober 1849.

## Entbindungs-Anzeige.

Die am 19. d. M. erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau Amalie, gebornen Gerber, von einer gesunden Tochter, zeige ich entfernten Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Freiburg i. Schl., den 22. Oktober 1849.

Schild, Thierarzt.

## Todes-Anzeige.

Nach kurzem Krankenlager endete gestern Nachmittag 3 Uhr der Kaufmann Wilhelm Bloch im 47sten Lebensjahre. Um stille Theilnahme bitten

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Breslau, den 23. Oktober 1849.

## Todes-Anzeige.

Am 19. d. M. starb nach langen Leiden unser theurer Kollege, der königl. Kreis-Gerichtsrath Schultz-Völcker. Der Staat hat in ihm einen höchst begabten Beamten, wir einen sehr werthen Amtsgenossen und Mitarbeiter verloren.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Liegnitz, den 22. Oktober 1849.

Direktor, Räthe und Assessoren des königl. Kreis-Gerichts.

## Todes-Anzeige.

Den heut Abend $5\frac{1}{4}$ Uhr an Lungenlähmung erfolgten Tod meines geliebten Vaters, des gewesenen Scholtisei-Besitzers Franz Habel, zeige ich hierdurch allen Verwandten und Freunden ergebenst an.

Grädiß, den 22. Oktober 1849.

Habel.

---

Heute, **Mittwoch** den 24. Octbr.:

**Erstes**

# grosses Concert

des Kapellmeisters

# B. BILSE

mit seiner bis auf **34 Mann** (aus Dresdener Künstlern) verstärkten Kapelle

**im Concert-Saale Karls-Strasse No. 37.**

(Für Equipagen Wall-Strasse No. 8, neben Königs Palais.)

Zur Aufführung kommen u. A.: **Musikalisches Labyrinth**, grosses Potpourri von Bilse, und die **Ouverturen** zum **Sommernachts-Traum, Thal von Andorra, die lustigen Weiber von Windsor.**

Anfang Punkt 7 Uhr.

Billets **à 5 Sgr.** sind in der königl. Hof-Musikalien-Handlung der Herren **Ed. Bote u. G. Bock**, Schweidnitzer Strasse No. 8, zu haben.

## Quartett-Unterricht.

Nach wiederholten Aufforderungen finde ich mich veranlasst, im Laufe dieses Winters einen Cyclus von Privat-Quartettübungen zu eröffnen, um angehenden Kunstjüngern und minder geübten Dilettanten Gelegenheit und Anleitung zur Ausbildung in diesem eben so wichtigen, wie beliebten Zweige der Tonkunst zu gewähren und auf kürzestem Wege ein den verschiedenen Kräften angemessenes Zusammenspiel, theils auf Bogeninstrumenten allein (mit genauer Bezeichnung des Fingersatzes und der Stricharten), theils in Verbindung derselben mit dem Clavier und anderen Instrumenten, zu bewirken. Das Nähere ist bis zum 1. November c., Mittags von 1 bis 2 Uhr in meiner Wohnung, Hummerei 39, zu erfragen.

**Moritz Schön,**
königl. Musikdirektor.

## Engagements-Gesuch.

Eine gebildete Person, welche schon mehrere Jahre als Wirthschafterin auf dem Lande conditionirt hat und mit guten Zeugnissen versehen ist, sucht bald oder zu Neujahr ein derartiges Engagemet. Selbige würde mehr auf gute Behandlung als großen Gehalt sehen. Näheres Ritterplatz Nr. 13, 2 Trepp.

---

## Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau (Ring Nr. 47.)

Im Verlage der Decker'schen geheimen Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin sind so eben erschienen und in **Breslau** bei **Ferdinand Hirt**, (Naschmarkt 47), in Ratibor bei A. Keßler, in Krotoschin bei A. E. Stock, so wie in allen Buchhandlungen, zu haben:

**Zwei Gespräche mit Sr. Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm dem Vierten** (am 23. November 1847 und am 19. März 1848), in geschichtlichen Rahmen gefaßt. Mitgetheilt von L. Rellstab. $5\frac{1}{2}$ Bogen kl. 8. Geheft. Pr. 12 Sg.

**Kritische Bemerkungen und Enthüllungen** über viele Vorgänge und Verhältnisse der neuesten Zeit, oder **die europäische Revolutions-Propaganda** in ihren Wirkungen. Allen deutschen Regierungen und allen deutschen Wahrheitsfreunden gewidmet von E. Fr. Wagner. 9 Bogen 8°. Geheftet. Preis $7\frac{1}{2}$ Sg.

---

Bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstr. 20, ist vorräthig zu haben:

Dr. Aug. Schulze:

# Die Weintrauben-Kur.

Eine Darstellung der zweckmäßigsten Anwendung und ausgezeichneten Heilwirkungen der Weinbeeren gegen viele hartnäckige und langwierige Krankheiten, namentlich: Ruhr, Unterleibsbeschwerden, Verdauungsfehler, Hämorrhoiden, Milzkrankheiten, Magenkrampf, Magenentzündung, Magensäure, Hypochondrie, Hysterie, allgemeine Krämpfe, Gelbsucht, unregelmäßige Leibesöffnung, Schwindsucht, Podagra, Flechten, Krätze, Herzkrankheiten und Scharbock.

Zweite Auflage. 8. Geh. Preis: 10 Sgr.

---

# Im alten Theater.



# Wiener Affen-Theater.

Heute Mittwoch den 24. Oktober: Große Vorstellung der vierfüßigen Künstler-Gesellschaft. Zum ersten Male:

**Fra Diavolo.**

Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

**Johanna Schreyer.**

---

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Herrn Schneidergesellen Krause,
2. „ D. Fiebeck,
3. „ C. Ottersbach,
4. „ Gymnasiast Adolph Krause,
5. Fräulein Marie König,
6. Herrn Schlossermeister Hoffmann,
7. „ Oberamtmann Bleisch in Tschechnitz.
8. „ Realist C. Gottwald,
9. Fräulein Anna Liepold,
10. Herrn Ober-Landesge.-Assessor Müller V.
11. „ Goldarbeiter Hentrich,
12. „ Maschinenbaumeister Höniger,
13. Frau Hackel,
14. Herrn Stern,

ferner:

ein Paket, 4 Pfd. 20 Lth., F. P. an Schmiedegesellen F. Preuß in Muskau,
eine kleine Schachtel, 12 Loth, F. R., an Frau geheime Ober-Regierungsräthin Roitsch in Liegnitz,
ein Paket, 14 Pfd. 16 Lth., K. R., an Töpfergesellen C. Bochrich in Buggatschütz bei Oppeln,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 23. Oktober 1849.

Stadt-Post-Expedition.

---

In der **Gosohorski'schen Buchhandlung** (L. F. Maske) in **Breslau**, Albrechtsstraße Nr. 3, ist zu haben:

# Katechismus d. Landwirthschaft.

Ein praktisches Hand- und Hülfsbuch für den kleinern Landwirth zur vernunftgemäßen und gewinnbringendsten Führung seiner Wirthschaft. Nebst einem Anhange über Obstbaumzucht und Bienenzucht. Von G. C. Patzig. 2. verm. Aufl. 1849. 12 Sgr.

---

Mittel gegen **Magenkrampf**, à Fl. $2\frac{1}{2}$ Sgr., **Hüneraugen-Pflaster**, à $2\frac{1}{2}$ Sgr., empfiehlt:

**C. A. Bartsch**, Reuschestr. 2, 2 Stieg

Zweite Beilage zu № 248 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 24. Oktober 1849.

# Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Das ursprüngliche Aktien-Kapital von **Einer Million Thalern** garantirt den lebenslänglich Versicherten **zwei Drittel des reinen Gewinnes** und schützt sie gegen jeden Nachschuß. — Ende September d. J. waren versichert

**6561 Personen mit Sieben Millionen 741,000 Thalern**

und wurden 129 Personen, versichert mit 144,400 Thalern, als verstorben, angemeldet. — Die Gesellschaft hat ihre Versicherungen auch an solchen Orten, **in denen epidemische Krankheiten, wie z. B. Cholera, herrschten,** unverändert fortgesetzt und ist dadurch eine Stütze und ein Trost vieler Familien geworden. Auch haben **Militär-Personen,** welche in Folge von Kriegs-Zulage sich **gegen die Gefahr von Krieg** zu versichern, Ursache hatten, mannigfaltigen Schutz genossen und sind ihnen hierbei vielseitige Erleichterungen eingeräumt worden. — **Renten** und **Kapitalien** in mannigfacher Art werden gleichfalls **versichert.**

Geschäfts-Programme werden in unserm Büreau, Spandauerbrücke Nr. 8, sowie bei unsern Agenten unentgeltlich ausgegeben. Berlin, den 20. Oktober 1849.

**Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.**

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.
Breslau, den 23. Oktober 1849.

**F. Klocke,**
Haupt-Agent, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 12.

**C. Hebeisen,**
Agent, Messergasse Nr. 2.

## Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.

In der am 28. September d. J. abgehaltenen siebenten General-Versammlung der sächsisch-schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft sind an die Stelle der statutengemäß ausgeschiedenen Herren Ausschußmitglieder

Herr Bankdirektor **Heinrich Poppe** in Leipzig,
" Advokat **Friedr. Aug. Lehmann** in Bautzen,
" Kaufmann **Echtermeyer** in Dresden,
" Banquier **Heinrich Bassenge** in Dresden,

und nachdem der Konsul Herr **v. Lengerke** die prima loco auf ihn gefallene Wahl als Ausschußmitglied abgelehnt,

Herr Rittmeister a. D. **v. Nostitz-Drzewiecki** auf Paulsdorf,

durch den Ausschuß selbst aber wiederum

Herr Kaufmann **Echtermeyer** in Dresden

gewählt worden. — Den Gesellschaftsausschuß bilden demzufolge gegenwärtig:

Herr Landesältester **v. Thielau,** Vorsitzender.
" Sparkassendirektor **Heydemann** in Bautzen, Stellv. d. Vorsitzenden
" Bürgermeister **Starke** in Bautzen.
" Hauptmann und Rentbeamte **Reuter** in Bautzen,
" Doktor **v. Meyer** auf Lieska.
" Kaufmann **Frommelt** in Bautzen.
" Rittergutsbesitzer **Schmalz** auf Glossen.
" Stadtrath **Gätschmann** in Zittau.
" Bürgermeister **Friedrich** in Löbau.
" Fabrikant **Herrmann** in Bischofswerda.
" Rittergutsbesitzer **Schütz** auf Schweta.
" Kaufmann **Echtermeyer** in Dresden.
" Elbschifffahrts-Procureur **Nitzscher** in Dresden.
" Münzmeister **Fischer** in Dresden.
" Kaufmann **Kölbing** in Herrnhut.
" Steuer-Procureur **Fleck** in Dresden.
" Banquier **Heinr. Bassenge** in Dresden.
" Rittmeister a. D. **v. Nostitz-Drzewiecki** auf Paulsdorf.

Zu gleicher Zeit wird zur Kenntniß gebracht, daß der zu Ende Juni gesetzmäßig ausgetretene Direktor

Herr **Anton** Freiherr **v. Gablenz**

und der stellvertretende Direktor

Herr **Eduard Uhlich**

auf die Zeit vom 17. Juli 1849 bis ult. Juni 1851 wiederum in derselben Eigenschaft von dem Gesellschaftsausschuß gewählt worden sind.

Dresden, den 11. Oktober 1849.

**Der Ausschuß**
**der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.**
G. E. Heydemann, Stellvertreter des Vorsitzenden.

## Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.

**Bekanntmachung.**

Das unterzeichnete Direktorium hat aus seiner Mitte auf das Verwaltungsjahr vom 1. Juli 1849 bis zum 30. Juni 1850

den Herrn Freiherrn **Anton v. Gablenz**

zu seinem Vorsitzenden, und

Herrn **Franz Netcke**

zu dessen Stellvertreter erwählt, was hiermit den Statuten gemäß bekannt gemacht wird.

Dresden, den 12. Oktober 1849.

**Das Direktorium**
**der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.**
v. Burgsdorff. A. Freiherr v. Gablenz. Franz Netcke.

## Wiener Milly-Kerzen, à 14 Sg.,

per englisch Pfd., bei Abnahme von 10 Pfd. a 13½ Sgr., 100 Pfd. zu 42½ Rtl. empfiehlt

**Eduard Nickel, Albrechtsstraße Nr. 7,**
im Segen Jakobs, im 2. Viertel vom Ringe, das 2te Haus v. d. Ecke der Schuhbrücke.

## Wiener Elysium, Schuhbrücke 34.

Dem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein Lokal zu Ressourcen, Hochzeiten, Bällen, Kränzchen, Kegelkränzchen, so wie zu allen andern Festlichkeiten unter äußerst annehmbaren Bedingungen vergebe.

Indem ich hiermit die Anzeige verbinde, daß zum Frühstück ebenso wie Mittags und Abends à la carte gespeist wird, empfehle ich das neu eingerichtete Mittags-Abonnement (monatlich 5 Rthlr.) noch besonders.

☞ **Frischen Gänsebraten** bietet meine Küche **täglich, Karpfen** alle **Freitage.**

**Heinrich Lewald.**

## Heinrich Geißler aus Gera

empfiehlt sein Lager von **Maschinennägeln,** als: Krempel-, Sattler-, Faß-, Schloß-, Kisten-, Stiefeleisen- und Polsternägeln, Absatz- und Sohlenstiften, blauen Sattlerstiften, weißen Sargzwecken, Drathnägeln und Tischlerstiften, Haken, Oesen, so wie verschiedene andere Drathwaaren. **Frankfurt a. O.,** Berliner Reihe Nr. 10.

**Bekanntmachung.**

Da in dem am 28. v. Mts. angestandenen Verkaufs-Termine für die bei der Dismembration des Domainen-Vorwerks Bogdanowo bei Obornik

cf. Nr. 243 des Preuß. Staats-Anzeigers pro 1849,
Nr. 205 der Posener Zeitung pro 1849,
Nr. 205 der Breslauer Zeitung pro 1849,
Nr. 37 des Posener Amtsblatts pro 1949,
Nr. 38 des Bromberger Amtsbl. pro 1849,

neu gebildeten Etablissements

Nr. 2 von 378 Morg. 171 □.R.
Nr. 3 von 230 Morg. 18 □.R.

zum Taxpreise von resp. 7330 Rtlr. und 5610 Rtlr. einschließlich der zu translocirenden Gebäude und der Antheilsrechte an den Schul- und Schulzenamts-Dotationen, der Zuschlag nicht ertheilt worden ist, so haben wir einen neuen Lizitations-Termin

**auf den 31. Oktober d. J.**
Vormittags 9 Uhr

im Marquardt'schen Gasthofe zu Obornik vor dem Regierungsrath Schnell angesetzt. Zu diesem Termine werden zahlungsfähige Kauflustige, welche sofort ein Zehntheil ihres Gebots als Kaution zu erlegen vermögen, mit dem Bemerken eingeladen, daß die Veräußerungs-Bedingungen nebst Zubehör so wie die Karte und das Eintheilungs-Register von den beiden Etablissements auf dem Landraths-Amte zu Obornik und mit Ausschluß der Vermessungs-Dokumente auch auf dem Landraths-Amte zu Samter, den Rentämtern zu Rogasen und Birnbaum und in unserer Domainen-Registratur zur Einsicht ausliegen.

Posen, den 1. Oktober 1849.

Königliche Regierung.
Abtheilung für die direkten Steuern, Domainen und Forsten.

**Bekanntmachung.**

Die bei dem Pfandverleiher Brunschwitz hierselbst in der Zeit vom 1. Juli 1847 bis 1. Juli 1848 eingelegten, zur Verfallzeit nicht eingelösten Pfänder, bestehend in Kleidungsstücken, Betten, Uhren, Schmucksachen ꝛc. sollen

**am 27. November 1849 Vorm. 9 Uhr**

in der Pfandleih-Anstalt des ꝛc. Brunschwitz, Ketzerberg Nr. 6 hierselbst durch unseren Auktions-Kommissarius Mannig versteigert werden. Es werden daher alle diejenigen, welche während der gedachten Zeit Pfänder niedergelegt haben, hierdurch aufgefordert, diese Pfänder noch vor dem Auktions-Termine einzulösen; oder, wenn sie gegen die Pfandschuld gegründete Einwendungen zu haben meinen, solche dem Gerichte noch vor dem Termine zur weiteren Verfügung anzuzeigen, widrigenfalls mit dem Verkaufe der Pfandstücke verfahren, aus dem einkommenden Kaufgelde der Pfandgläubiger wegen seinen in dem Pfandbuche eingetragenen Forderungen befriedigt, der etwaige Ueberschuß aber an die hiesige Armen-Kasse abgeliefert, und demnächst Niemand weiter mit Einwendungen gegen die Pfandschuld gehört werden wird.

Breslau, den 21. August 1849.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

**Steckbrief.**

Der 17 Jahr alte Buchbinder-Geselle Ludwig Wilhelm Kresse, evangelischer Religion, zu Bromberg geboren und zuletzt in Waldenburg in Arbeit gestanden, ist der Theilnahme des am 6. u. 7. Mai d. J. hier stattgefundenen Aufruhrs dringend verdächtig und hat sich von hier heimlich entfernt, ohne daß sein gegenwärtiger Aufenthalt zu ermitteln gewesen ist.

Es werden alle Civil- und Militär-Behörden des In- und Auslandes dienstergebenst ersucht, auf denselben zu vigiliren, im Betretungsfalle festnehmen, und mit allen bei ihm sich vorfindenden Gegenständen und Geldern mittelst Transports an die hiesige Gefängniß-Expedition abliefern zu lassen. Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den verehrl. Behörden des Auslandes eine gleiche Rechtswillfährigkeit versichert.

Breslau, den 17. Oktober 1849.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung für Strafsachen.

**Bekanntmachung.**

Behufs Verdingung des Landfracht-Transports der von dem unterzeichneten Montirungs-Depot an die königlichen Truppen und anderen Behörden zu versendenden Militär-Bekleidungs- ꝛc. Gegenstände auf 3 Jahre, und zwar vom 1. Januar 1850 bis incl. den 31. Dezember 1852 ist ein Termin auf

**den 30. Oktober d. J.**

im Bureau desselben, Dominikanerplatz Nr. 3, anberaumt. Die Annahme der versiegelten Submissions-Offerten findet nur im Termine in der Stunde

von 10 bis 11 Uhr Vormittags

von den cautionsfähigen Interessenten selbst oder deren Bevollmächtigten statt, welche auch der Punkt 11 Uhr erfolgenden Eröffnung derselben beizuwohnen haben.

Die dieser Entreprise zu Grunde liegenden Bedingungen können während der Amtsstunden in dem gedachten Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 23. Oktober 1849.
Königliches Montirungs-Depot.

**Bekanntmachung.**

Es wird beabsichtigt, die Schornstein-Reinigung in den von der unterzeichneten Verwaltung ressortirenden Garnison-Anstalten im Wege der Submission pro 1850 in Verdingung zu geben und liegen die derselben zum Grunde gelegten Bedingungen in unserem Geschäfts-Lokal — Kirchstraße Nr. 29 — zur Einsicht aus.

Die qualifizirten Schornsteinfeger-Meister hierselbst, welche hierauf zu reflektiren geneigt sind, werden aufgefordert, ihre diesfälligen Offerten bis zum **30sten d. M.** versiegelt an uns einzureichen.

An diesem Tage findet Vormittags von 10 bis 12 Uhr in dem bezeichneten Geschäfts-Lokal der Eröffnungs-Termin der eingegangenen Submissionen statt, wozu die Interessenten mit dem Bemerken hierdurch eingeladen werden, daß die Garnison-Anstalten in 7 Kehrbezirke eingetheilt sind, und die Verdingung bezirksweise ausgeboten wird.

Breslau, den 23. Oktober 1849.
Königl. Garnison-Verwaltung.

**Bekanntmachung,**
betreffend die Verdingung der Verpflegung der Gefangenen der königl. Straf-Anstalt zu Brieg für das Jahr 1850.

Montag den 5. November d. J. soll in den Stunden von 2—6 Uhr Nachmittags im Geschäftslokale der hiesigen königl. Straf-Anstalt ein Licitations-Termin über die Lieferung der Verpflegung der Gefangenen dieser Anstalt für das Jahr 1850 stattfinden.

Die Lieferungs-Bedingungen können sowohl in der Polizei-Registratur der königl. Regierung zu Breslau, als auch in der Registratur der Straf-Anstalt eingesehen werden, desgleichen der Speise-Etat, nach welchem die Verpflegung von circa 830 Gefangenen erfolgen soll.

Insofern im Termin von einem vollständig geschäfts- und cautionsfähigen Licitanten ein wirklich annehmbares Mindergebot abgegeben wird, soll der unbedingte Zuschlag sofort ertheilt werden, sonst aber der königl. Regierung zu Breslau weitere Verfügung vorbehalten und die Licitanten bis zu deren Eröffnung an ihre Gebote gebunden bleiben.

Brieg, den 19. Oktober 1849.
Der Direktor der königl. Straf-Anstalt
v. Rönsch.

**Nothwendiger Verkauf.**

Die Papiermühle Nr. 31 zu Egelsdorf nebst den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken, wovon der Ertragswerth der Papierfabrik auf 4000 Rtl., der Werth der Gebäude auf 10,190 Rtl., der Werth der Grundstücke auf 2356 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf. abgeschätzt worden ist, soll den

**22. Dezember, Vormittag 11 Uhr,**

an Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind bei uns einzusehen.

Friedeberg a. Q., den 12. Juni 1849.
Königliche Kreis-Gerichts-Kommission.

Ein in der Landwirthschaft und allen häuslichen Beschäftigungen vollständig ausgebildetes junges Mädchen aus guter Familie wünscht eine Stellung diesen Fähigkeiten angemessen, neben einer Hausfrau baldigst anzutreten. Auf hohen Gehalt wird weniger als auf freundliche Behandlung gesehen. — Hierauf Reflektirende werden gebeten, unter der Adresse A. S. poste restante Breslau sich an sie zu wenden.

**Verloren**

wurden 4 kleine Schlüssel an einem flachen Stahlreifen, und wird deren ehrlichen Finder ersucht, dieselben bei Herrn Nagelschmidt im Gewölbe am Roßmarkt Nr. 14, gegen eine angemessene Belohnung abzugeben.

Unserem biederen Freunde, Herrn Dr. med. A. S., welcher uns am 21. d. M. verließ, um in den Ort seiner früheren Wirksamkeit zurückzukehren, rufen wir ein herzliches Lebewohl nach, mit dem Bemerken, daß sein Andenken uns immer werth bleiben und nie in uns erlöschen wird.

L........z, 22. Oktober 1849.

Seine zahlreichen Freunde.

---

Ein **Gärtner**, welcher die Behandlung eines Parkes mit Orangerie gründlich versteht, kann bald eine Anstellung finden. Wo? — erfährt derselbe, wenn er sich mit den nöthigen Zeugnissen versehen, persönlich den 29. Oktober, Vormittags von 8—10 Uhr, bei dem Portier des Gasthofs zum weißen Adler in Breslau meldet.

---

## Gesucht

wird ein junger, militärfreier Mann, welcher sich durch gute Atteste über sein sittliches Wesen und seine Rechtlichkeit legitimiren kann, und welcher der Buchführung und der Correspondenz mächtig, die Fähigkeit besitzt, als Geschäftsreisender fungiren zu können.

Qualifizirte Bewerber belieben unter Angabe ihres Alters, ihrer Verhältnisse und unter Beibringung abschriftlicher Atteste sich baldigst zu melden unter Chiffre A. Z. Nr. 34. poste restante franco Breslau.

---

Gestreifte und carrirte Seidenzeuge à 17½ Sgr., so wie eine bedeutende Auswahl Mousseline de lain-Roben zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfiehlt

**A. Weisler,**

Schweidnitzer- u. Junkernstraßen-Ecke 50.

---

Ein gebildeter junger Mann, der die Oekonomie praktisch erlernt hat, wünscht bei einem Gutsbesitzer oder Gutspächter eine Stellung als Wirthschafts-Volontair. Demselben wäre ein möglichst großer Wirkungskreis sehr erwünscht und ist nöthigen Falls Pension zu zahlen bereit. Offerten werden unter der Adresse J. W. No. X, poste restante Breslau erbeten.

---

Ein junger Gelehrter sucht eine Stellung als Leiter der Studien eines jungen Mannes, dem besonders an einer gründlichen Kenntniß der Geschichte und Literatur, wie sie das öffentliche Leben heut erfordert, gelegen wäre. Anfragen: P. Z. Breslau, poste restante.

---

Eine Wirthschafterin von gesetzten Jahren, die der polnischen Sprache mächtig und der Haus- als auch Landwirthschaft vorsteht, kann sich melden, Nachmittags von 2—3 Uhr, beim Portier im blauen Hirsch.

---

## Karl Wasser's

**Speditions-Geschäft i. Wien**

empfiehlt seine regelmäßigen, täglich abfahrenden

## Extra-Eilfuhren

**zwischen Wien u. Mürzzuschlag**

womit derselbe Expeditionen:

nach Gratz in 2 Tagen
„ Laibach in 4 „
„ Triest in 6 „
„ Verona in 12 „
„ Mailand in 18 „

zu billigst festgesetzten Frachtpreisen übernimmt.

Täglich werden auch Speditionen nach allen Richtungen des **In- und Auslandes** übernommen und auf die zweckmäßigste Weise zu den billigsten Bedingnissen besorgt.

---

## Doppelflinten,

zu 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 bis 100 Thlr. das Stück; Terzerole zu 25, 30 Sgr.; Pistolen zu 6 Thlr.; Hirschfänger zu 2, 2⅓, 3 Thlr.; Cartouschen mit Leder-Gurt zu 2 Thlr.; Kupferhütchen, Kupferhütchen-Aufsetzer, Jagdtaschen und mehrere andere Jagd-Requisiten empfehlen **Hübner u. Sohn**, Ring Nr. 35, eine Treppe. Wer mehrere Flinten 2c. auf einmal kauft, genießt bedeutenden Rabatt.

---

Vorzüglichen **Pomeranzen- und Apfelsinen-Extrakt**, zur Selbstbereitung von Bischof und Kardinal, empfiehlt ergebenst:

**S. Troplowitz,**
Likör-, Rum- und Sprit-Fabrik,
Neumarkt Nr. 6.

---

Die zweite Sendung schönster

**Kieler Sprotten,**
**Muskat-Trauben-Rosinen,**
**Sultan-Feigen,**

langer und runder **Haselnüsse** empfingen und empfehlen billigst:

**Gebrüder Knaus,**

Kränzelmarkt Nr. 1.

---

Anständige Mädchen, welche im Schneidern vollkommen geübt sind, namentlich in der Mäntel-Arbeit, können sich melden: Kupferschmiedestraße Nr. 9, 1 Treppe.

---

## Wiener Elysium.

**Täglich Concert.** Entree 2½ Sgr.

---

Eine tüchtige **Gouvernante**, katholischer Confession und musikalisch, kann sich melden neue Schweidnitzerstr. Nr. 3 Lit. E. bei Frau v. Flemming.

---

**Bekanntmachung.**

Wenig gebrauchte, sauber gearbeitete berl. Mahagoni-Möbel, ein dergl. Flügel mit engl. Mechanik, broncene Consolspiegel, Sophaspiegel, Fauteil, gutes Schlafsopha, Eßtisch, W.-Spind, Kücheneinrichtung und Geräthe, Porzellan-Service und schöner Gummibaum sind aus freier Hand bis Ende d. M. zu verkaufen bei Fr. Majorin v. Weller, Ohlauer Stadtgraben Nr. 1, drei Treppen.

---

## Ein Operngucker

gefunden. Weiteres Lorenzgasse Nr. 3.

---

## Frische Bratwürste

sind **heute**, so wie jeden **Mittwoch** zu haben bei

**R. Dietrich,** Oderstraße Nr. 9.

---

**Dampf-Kaffee,** vorzügliche Qualität, à Pfund 9 und 10 Sgr.,
**harten Brodzucker** à Pfd. 5 Sgr.,
echten braunen **Zuckerfarin** à Pfd. 4 Sgr., 8 Pfd. für 1 Rthlr.

empfiehlt **J. Triest,**
Ohlauerstraße Nr. 24.

---

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der Lust hat, Gürtler und Broncearbeiter zu werden, findet bald ein Unterkommen beim Gürtlermeister Liedecke, Stockgasse Nr. 28.

---

Gummischuhe reparirt billigst: **Karl Haupt**, Schuhmachermstr. Stockgasse 13.

---

Vor dem Hause Ohlauer Straße Nr. 72, ist eine Damentasche gefunden worden.

---

**Anzeige.**

Ein schwarzer Jagdhund, männlichen Geschlechts, ist Sonntag den 21. Oktober abhanden gekommen. Wer ihn Neumarkt Nr. 19 im ersten Stock abgliebt, erhält eine gute Belohnung. Vor dem Ankauf wird gewarnt.

---

## Gas-Aether,

à Pfd. 4½ Sgr., bei Partien billiger, ist fortwährend bei Herrn **T. W. Kramer**, Büttnerstraße Nr. 30 zu haben.

E. F. Capaun, in Masselwitz.

---

**Nikolaistraße Nr. 75**

ist zu vermiethen und Neujahr zu beziehen das Parterre-Lokal, so wie die 2te und 3te Etage. Näheres daselbst 1ste Etage beim Eigenthümer **J. G. Müller.**

---

## Zu vermiethen

und bald zu beziehen, Agnesstraße Nr. 10 im ersten Stock, zwei elegant möblirte Zimmer.

---

## Zu vermiethen

eine gut möblirte Stube, Albrechtsstraße Nr. 17, eine Stiege. Näheres im Spezerei-Gewölbe daselbst.

---

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Senator Erdmann aus Weimar. Advokat Schäffer, Gutsbesitzer von Leipziger, Oekonom Salirland und Hauptmann von Bakker aus Dresden. Major von Wuffen aus Warmbrunn. Lieutenant von Schweinichen aus Militsch. Frau von Winkler aus Sommerfeld. Kammerherr von Seidlitz aus Pilgramsdorf. Sanitätsrath Dr. Meyer aus Brieg. Major von Alvensleben aus Halle. Kaufmann Hentschel aus Birmingham.

---

**Wohnungs-Gesuch.**

Eine im Mittelpunkte der Stadt, hohes Parterre oder eine Treppe hoch belegene Wohnung, bestehend aus einer Stube und Kabinet, wird von einem einzelnen Herrn zu miethen gesucht. Adressen beliebe man bei Herrn Julius Hellmann, vis-à-vis der Post, abzugeben.

---

Eine gut eingerichtete **Bäckerei** ist bald oder zu Neujahr zu vermiethen. Näheres Altbüßerstraße Nr. 22.

---

| 22. u. 23. Okt. | Abd. 10 U. | Mrg. 6 U. | Nchm. 2 U. |
|---|---|---|---|
| Barometer | 27″ 10,23‴ | 27″ 11,60‴ | 28″ 0,17‴ |
| Thermometer | + 7,0 | + 3,9 | + 9,9 |
| Windrichtung | WNW | WNW | NW |
| Luftkreis | überw. | heiter | Schleiergew. |

## Getreide- Oel- u. Zink-Preise.

Breslau, 23. Oktober.

| Sorte: | beste | mittle | geringste |
|---|---|---|---|
| Weizen weißer | 61½ Sg. | 54 Sg. | 47 Sg. |
| „ gelber | 58½ „ | 53 „ | 45 „ |
| Roggen . . | 29½ „ | 28 „ | 26 „ |
| Gerste . . | 25 „ | 23 „ | 21 „ |
| Hafer . . . | 18½ „ | 17½ „ | 16½ „ |

Rother Kleesaamen . 8½ bis 11½ Thlr.
Weißer „ . 5½ bis 11¾ „
Spiritus 6½ Br., 6⅓ Gl.
Rohes Rüböl 15 Thlr. Gl.
Zink 1500 Centner schwimmend hierher à 4 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. begeben.
Rapps 109. 106. 104.
Rübsen 95. 93. 91.

---

**Bekanntmachung.**

Die königliche General-Direktion der Seehandlungs-Societät beabsichtigt, das dem Seehandlungs-Institut gehörige, hierselbst belegene Flachsgarn-Maschinenspinnerei-Etablissement mit sämmtlichen dazu gehörigen Maschinen und Utensilien an Private verkäuflich zu überlassen und hat mich beauftragt, Kauflustigen über die Verhältnisse dieser Fabrik nähere Auskunft zu ertheilen, auch mit denselben in vorläufige Verhandlungen über die Bedingungen der Ueberlassung zu treten.

Ich werde demnach bereit sein, Kauflustigen sowohl auf frankirte Briefe als mündlich nähere Mittheilungen zu machen, die Besichtigung der Fabrik zu gestatten, und ihnen einen Prospektus derselben auf Erfordern zugehen zu lassen.

Ueber die eingegangenen Gebote behält sich die königliche General-Direktion die Entscheidung vor.

Patschkey, bei Bernstadt i. Schl., den 6. Oktober 1849.

**Haenel.**

---

## Nordische Weiß-Erlenpflanzen

sind einige tausend Schock, die 3jährigen Pflanzen das Schock 5 Sgr., die 2jährigen das Schock 4 Sgr., in diesem Herbst und zu künftigem Frühjahr käuflich. Desgleichen ist noch Auswahl von den besten Sorten aus der hiesigen Baumschule 39 Schock Aepfelbäume à 12 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf., 50 Schock Birnbäume à 12 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf., 30 Schock Süße Kirschen à 10 Rtl. 6 Sgr., Weichsel à 10 Rtl. 6 Sgr., Pflaumen à 12 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf. und Wallnußbäume à 10 Rtl. abzulassen. Zu Park- und Gartenanlagen ist eine groß. Auswahl verschiedener Sorten von Bäumen- und Ziersträuchern zu versenden.

Puditsch, ½ Meile von Prausnitz, 19. Okt. 1849. **v. Rosenberg.**

---

## Offerte von Obstbäumen 2c.

Gegen 100 Schock starke hochstämmige Aepfel, Birnen und Kirschen, in den vorzüglichsten Sorten; eine große Partie Pfirsichen, Aprikosen, Pflaumen, engl. Stachelbeeren, Johannisbeeren, Himbeeren 2c., sowie eine große Auswahl der neuesten schönblühenden Bäume und Sträucher, worüber Kataloge gratis ausgegeben werden, empfiehlt zur geneigten Beachtung:

**Julius Monhaupt,**
Albrechtsstraße Nr. 8 und Sterngasse Nr. 7.

---

## Für Gartenfreunde.

Die wenige Beachtung, welche zeither dem Weinbau hier im Allgemeinen gewidmet wurde, hat meiner besondere Vorliebe für diesen Zweig der Pomologie einen Impuls gegeben, ihm meine ungetheilte Aufmerksamkeit und rege Ausdauer zuzuwenden. Zu diesem Zwecke habe ich aus südlichen Gegenden viele neue vortreffliche Sorten bezogen, dieselben genau beobachtet und die Ueberzeugung gewonnen, daß in unserem nördlichen Deutschland noch so wenig gute Sorten bekannt sind, und so schöne herrliche Tafeltrauben gezogen werden können. Um nun meine trefflichen Sorten allgemein verbreitet zu wissen, empfehle ich hiermit die jungen wurzelkräftigen Stöcke meiner Rebschule. Für jetzt bin ich im Besitz von 130 Sorten, für deren Aechtheit ich beim Verkauf bereitwilligst Garantie leiste. Diejenigen Sorten, deren Früchte ich nicht selbst gezogen oder kennen gelernt habe, gebe ich nur dann ab, wenn dies geschehen. Kataloge mit genauer Beschreibung der Sorten werden Schuhbrücke Nr. 74 im Comtoir gratis verabreicht. **G. A. Held, Kaufmann.**

---

**Die Preßhefen-Fabrik des Dominium Gießmannsdorf bei Neisse empfiehlt beim Beginne der Brennperiode den Herren Brennereibesitzern ihre täglich frisch fabricirte triebkräftige Preßhefe, und werden Aufträge sowohl direkt als auch von unserer Haupt-Niederlage des Hrn. W. Schiff in Breslau prompt ausgeführt.**

---

**Ketzerberg Nr. 5**

ist eine Schlosserwerkstatt zu vermiethen und Neujahr zu beziehen.

---

Neuschestraße Nr. 50 ist ein Gewölbe nebst Beigelaß zu vermiethen und sofort zu beziehen.

---

In der Neustadt, in der „goldnen Marie“, ist eine freundliche Wohnung von zwei Stuben nebst Kabinet, Küche und Zubehör von Weihnachten d. J. ab zu vermiethen.

---

☞ Eine möblirte Stube, mit Aussicht auf den Ring, ist Elisabet-Straße Nr. 1, zwei Stiegen, sofort zu vermiethen.

---

Junkernstraße Nr. 3 ist der dritte Stock, bestehend aus 5 Stuben und Beigelaß, und im Hofe eine Stiege eine Wohnung von 2 Stuben zu vermiethen und Weihnachten d. J. zu beziehen. Näheres darüber im Comtoir par terre daselbst.

---

**Auktion in Breslau.**

25. Oktober, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr im Hospital St. Trinitatis verschiedene Nachlaßsachen, woruter ein Meublement von Kirschbaum.

---

**Börsenberichte.**

**Paris, 20. Oktober.** 3% 55. 55. 5% 87. 80.

**Berlin, 22. Oktober.** Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 94½ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 67¾ à 67 bez., Prior. 4% 85 Gl. Friedrich-Wilhelms Nordbahn 53⅜ à 52½ bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische 3½% 84¼ bez. und Br., Prior. 4% 93½ Gl., Prior. 5% 102½ Gl., Ser. III. 5% 101 bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 30 Gl., prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 106¼ Br., Litt. B. 103½ à ¾ bez. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88⅝ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101¼ Br. Posener Pfandbriefe 4% 99¾ bez. 3½% 89¾ Br. Preußische Bank-Antheile 98¼ etw. bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gl., neue 4% 95 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 81⅜ bez., à 300 Fl. 110 Gl.

Die Kourse von Fonds und Prioritäts-Aktien waren heute etwas fester, von Eisenbahn-Aktien sind Bergisch-Märkische, Berlin-Hamburger, Rheinische höher bezahlt, alle übrigen, namentlich Berlin-Stettiner, Potsdamer, Magdeburger, Krakau-Oberschlesische und Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien, diese sogar um 1% gewichen.

**Breslau, 23. Oktober. (Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112 7/12 Br. Polnisches Courant 95¾ Gl. Oesterr. Banknoten 95⅔ Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101¾ Br. Freiwillige Preußische Anleihe 106 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 88¾ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100 Br., neue 3½% 89 11/12 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 94⅔ Gld., Litt. B. 4% 98 5/12 Gl., 3½% 93¼ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 94¾ Gld. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79½ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 106 Br., Litt. B. 103½ Gld. Krakau-Oberschlesische 67⅓ Br. Niederschlesisch-Märkische 84¾ Br., Priorität 5% 102 Gl. Serie III. 100¾ Gl. Neisse-Brieger 39¼ Br. Köln-Mindener 94 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 53 Gl.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.